

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 169, Samstag, 6. April 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verkäufer & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

DIE HABEN DICH ANGELOGEN

DER TAGESSPIEGEL Süddeutsche Zeitung

DER SPIEGEL

t-online.

Bild

DIE ZEIT

taz

stern
 rbb

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

WDR ¹

SWR

2DF

ARD ¹

BR BAYERN

WIR NICHT!

»Waren die Corona-Maßnahmen überzogen?«, fragt *Die Welt* mit Unschuldsmiene. »Manches bis heute umstritten«, meint auf einmal *die Tagesschau*. »Aufarbeitung der Corona-Politik: Es darf nicht ums recht haben gehen«, tönt der *Tagespiegel* besserwisserisch.

Spätestens nach der Veröffentlichung der RKI-Protokolle sollte dem Letzten klar sein: Wir wurden systematisch belogen und betrogen. Kinder wurden von Schlitten geschubst, Jugendliche durch Parks gejagt, alte Frauen verprügelt und zigtausende Menschen krank- und totgespritzt. Und das alles wegen deren Lügen. »Upsi!«, sagen sie nun. »Wenn wir das gewusst hätten ...«

Doch: Man konnte es wissen. Von Anfang an. Diese Zeitung liefert dafür den Beweis in mittlerweile 169 Ausgaben. Deren Lügengebäude fällt zusammen. Es bleibt der vollkommene Vertrauensverlust. Deshalb: Bauen wir gemeinsam die neue Zeitung für Deutschland auf. Willkommen beim *Demokratischen Widerstand*.

2 AUSZEICHNUNG
Multipolar-Journalist
wird Preis der Republik
verliehen

5 JURA-PROF. FORDERT
Aufarbeitung und »Ausmisten«
nun auch in der Corona-
BRD-Justiz!

7 »QUERDENKER«
Wöchentlicher Demokalender
und große Triumph-Demo
am 3. August in Berlin!

14 MARCO RIMA
»Jetzt entschuldigen!«
Der Schweizer Kabarettist
im DW-Interview

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW169

- Bild, Spiegel & Co haben Dich angelogen, der DW nicht!,
Seiten 1, 12, 13
- Journalist Paul Schreyer wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Das Zeitalter der Verdeckungen, Seite 2
- Politik und Mainstream-Journaille im Panikmodus, Seite 3
- Anwalt Pankalla: Verurteilt wegen eines Fischbrötchens,
Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick,
Seiten 4, 5
- Prof. Schwab: Corona-Aufarbeitung und der Kampf
um die Deutungshoheit, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge,
Medienwachen, Demo-Impressionen, Seite 6
- 3. August 2024: Michael Ballweg mobilisiert, Seite 7
- Regisseur Brüggemann: »Der Widerstand gewinnt immer«,
Seite 7
- Philipp Schnurr: »Antifa entführte meinen Manfred«,
Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Werner Rügemer: Die Umwelt-Lügner (Teil 2), Seiten 9, 10
- Motor Mittelstand: Rollen rückwärts sind überfällig,
Seite 10
- Aktivist Martin Sellner: Es profitiert das
»Teile und Herrsche«, Seite 11
- Lügenpresse, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp, Seite 13
- Comedian Marco Rima im exklusiven DW-Interview,
Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- 1, 2, 3 – Lügenpresse, Seite 15
- Christen im Widerstand: Schwarz auf weiß, Seite 15
- Sport mit Berthold: Keine Bauernopfer, sondern Prozesse!,
Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 169. Ausgabe ab Samstag, 6. April 2024. | Redaktionsschluss war am 4. April. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung; übernommen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S *M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



Der Ruhige

Der Preis der Republik geht an den Journalisten Paul Schreyer. LAUDATIO von Anselm Lenz

Die Online-Seiten *Multipolar* waren bis zur Veröffentlichung der RKI-Akten vor allem Lesern langer Hintergründe bekannt. Nun lieferten sie den sprichwörtlichen Sargnagel für die Corona-Lüge.

Die Herausgeber Paul Schreyer und Stefan Korinith betrieben ihren Journalismus vor allem als Magazin-Blog für den alternativen Aufklärungsjournalismus. Wer nicht die Muße hatte, sich durch Dutzende Originalbeiträge führender Medien informiert zu halten, der bekam bei *Multipolar* etwa einmal in der Woche zu einem ausgewählten Thema eine ausgewogene Aufbereitung. Für Freunde des Semesterapparates lieferte der Zwei-Mann-Betrieb kräftig Fußnoten mit.

Im Jahr 2021 sorgte *Multipolar* dann für ein erstes ganz großes Aufsehen: Der Journalist und Buchautor Paul Schreyer (»Wer regiert das Geld?«) wies genauer nach, wie der amerikanische Repomarkt, der maßgeblich für den US-Dollar ist, am 16. und 17. September 2019 »die

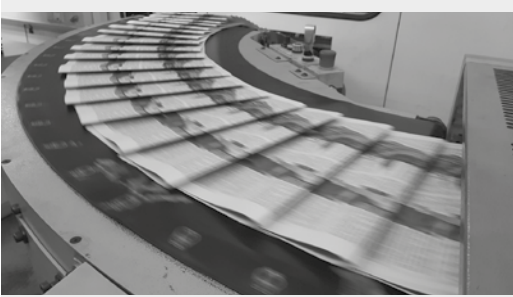
Biege« gemacht hatte. Die umstrittene Dollarnotenbank FED hatte in der Folge abrupt 75 Milliarden Dollar in den sterbenden Markt »injiziert«. Weitere Notmaßnahmen zur Dollar-Rettung folgten, schließlich die Corona-Lüge (vgl. #DW1 bis laufend).

Der 1977 geborene Rostocker zeigte zuletzt auf, was vielen lautsprecherischen Anwälten über Jahre nicht gelang: Ein juristisches Ziel zu definieren, gerichtlichen Erfolg konsequent anzugehen. Schon die von *Multipolar* freigelegten, noch geschwärtzten RKI-Protokolle geben ausreichend Auskunft über die Corona-Lüge. Die ist damit nun auch »im *Mainstream*« gefallen.

Allein dafür gebührt dem ruhigen Buchautoren der derzeit angesehenste Öffentlichkeitspreis in Deutschland, der Preis der Republik! Die Aufklärung der ohnehin nicht mehr zu haltenden Corona-Lüge wird nun auch mit Paul Schreyers Einsatz verbunden sein – und es trifft damit einen der Richtigen. Ihm gebührt unser aller Dank, Applaus und dieser Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DEN JOURNALISTEN PAUL SCHREYER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Greffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hitz, Ines Teetzen, Matthias Guevarra, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Doll, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dinekl, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann,



Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schöffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rio Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganzer, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkl, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Das Zeitalter der Verdeckungen

EINWURF | Von Werner Köhne

Über das Ausmaß an Beliebigkeit in unserer leicht erregbaren Gesellschaft kann man wirklich erschreckt sein. Da treffen Emotionen auf auswechselbare politische Frontstellungen und erzeugen dabei ein Klima des Provisorischen, des »über Nacht leicht Umkehrbaren«. So geschehen bei der plötzlichen Umkehrung der Coronapolitik im März 2020.

Nicht zu verwechseln ist diese flattrige Stimmung mit dem Leichtsinn, der sich in der Hoch-Zeit der Postmoderne in den 80er Jahren in dem Satz »Anything goes« (dt.: alles geht) verdichtete. Damals traf diese Losung auf ein bestimmtes kulturelles Milieu zu, mit wenig politischen Ausschlägen. Heute liegt auf der ganzen »postcoronierten« Szenerie der Mehltau einer Verhärtung, die sich im Raum des Politischen als kalkuliertes Weiterwurschteln, im Bereich des Individuellen als nachhaltige Lähmung und Verdrängung auswirkt.

Woke Aufpasser sorgen dafür, dass dabei das Korsett für den Einzelnen immer enger geschnürt wird und politische Differenzierungen ausbleiben. Links – Rechts?: geschenkt! Abgesunken zu einem Possenspiel, in dem die alten Auseinandersetzungen keine Rolle mehr spielen – wohl aber blinder Narzissmus auftrumpft. Demzufolge sind Faschismus, Stalinismus, Antisemitismus oder auch »Gegen rechts« nur noch Begriffshülsen, die Emotionen und Denunziationen in Gang setzen für eine ganz andere Agenda, die auf die innere Entkernung und Entleerung des Menschen abzielt.

Einst ließ Goethe seinen Werther diesen riskanten Satz aussprechen: »Ich kehre in mich selbst zurück – und entdecke eine Welt.« Er meinte damit zweierlei. Das Innere des Menschen wird ausgebaut zum Kraftwerk der Gefühle – von Gefühlen, die heftig nach Außen drängen; oder das Innere wird als Rückzugsort betrachtet gegen die Nackenschläge der Außenwelt.

Der Mensch, dieses atomisierte und doch vermaßte Wesen, bewegt sich demgemäß heute auf dünnem Eis. Er begegnet seiner Entwicklung mit einer diffusen Erregbarkeit. Ja die Ahnung, die Welt immer mehr zu verlieren und Mächten ausgeliefert zu sein, lässt in ihm einen Aufbruchsfuror wachsen, der allerdings kein finales Ziel kennt: Der Himmel ist leer, die Hölle – das sind die anderen. Ansonsten sitzen wir alle in einem Boot – wird politischerseits behauptet. Dies ist die absurde Logik eines rasenden Stillstands. Besonders Eliten lieben es, die Leere und blindwütige Energie so zu steuern, wie es ihnen beliebt.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

POLITIK UND MAINSTREAM-JOURNALLE IM PANIKMODUS

Die RKI-Protokolle ziehen immer weitere Kreise. Die Täter fürchten sich offenbar vor dem, was noch ans Tageslicht kommen könnte | Von Klaus Müller

Am 20. März veröffentlichte das alternative Online-Magazin *Multipolar* auf seiner Seite die freigelegten RKI-Files des Robert-Koch-Instituts (RKI): 456 PDF-Dateien mit 2.065 Seiten, die es in sich haben und Ampel- und Vorgängerregierung sowie die behilflichen »Journalisten« des staatsnahen zwangsfinanzierten ÖRR und der gekauften Konzernmedien nun immer mehr in den Panikmodus versetzen.

Die Protokolle beweisen schon jetzt, obwohl zahlreiche Passagen (noch) geschwärzt sind, dass die sogenannte Pandemie politisch gesteuert wurde. Die RKI-Files lassen das komplette Corona-Narrativ in sich zusammenfallen (DW berichtete). Nahezu jede Maßnahme war überflüssig.

»Beamte haben die Öffentlichkeit über Masken, Impfstoffe, Lockdowns belogen. Die Politik respektierte die Wissenschaft nicht, sondern folgte Wahnvorstellungen«, fasste Professor Stefan Homburg am 2. April 2024 auf X den Stand der Dinge zusammen. Und weil die Täter wissen, dass ihre Lügen aufgefliegen sind, versuchen sie nun, zu retten, was noch zu retten ist. Der Druck, der durch die von *Multipolar* freigelegten Protokolle erzeugt wurde, lässt sie die Flucht nach vorne antreten. Immer mehr von ihnen sprechen sich für eine »Aufarbeitung« der Geschehnisse aus. Die Coronazeit müsse »noch einmal angeschaut werden«, erklärte etwa Vize-Kanzler Robert Habeck (Bündnisgrüne). Wirklich ernst nehmen kann man derartige Aussagen nicht, denn solange die Verantwortlichen nicht bereit sind, sich politischen und vor allem auch strafrechtlichen Konsequenzen zu stellen, könnte man allenfalls von einer Pseudo-Aufarbeitung sprechen. Zumal schon jetzt versucht wird, ein Zuviel an Kritik mit hanebüchenen Begründungen zu ersticken.

So warnt beispielsweise Katrin Göring-Eckardt (Bündnisgrüne): »Eine Aufarbeitung sollte nicht missbraucht werden, um



Junge Demokratin zu den freigelegten aber zensierten Protokollen des Robert-Koch-Instituts am Rande der Demonstration zur Feier von vier Jahren Demokratiebewegung am 30. März 2024 in Berlin. Foto: Georgi Belickiy/DW

Handelnde in Politik, Ärzteschaft, Wissenschaft zu diffamieren.« Mit Kritik am Krisenmanagement während der Pandemie würde Stimmung gegen die Demokratie gemacht. Ein *Statement*, das der Mathematiker und Medizinstatistiker Gerd Antes, der als ein Wegbereiter der evidenzbasierten Medizin in Deutschland gilt und ehemals Mitglied der Ständigen Impfkommision (Stiko) war, auf X mit den Worten »Es wird immer irrer« kommentierte. Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zeigt sich nun auf einmal offen für eine Aufarbeitung, erklärt aber zugleich, wie diese auszusehen habe: »Es muss nach vorne gerichtet sein, also: Welche Lehren ziehen wir aus der der Pandemie?«, erklärte er. Will sich da etwa jemand schadlos aus der Affäre ziehen? Gegenüber dem *Deutschlandfunk* sagte er: »Damals, als die wichtigen Entscheidungen getroffen worden sind, war ich ja nur beratend tätig. (...) Es geht ja auch um die Bewertung der Arbeit meines Vorgängers im Wesentlichen. Ich war noch nicht im Amt« und verweist, ohne dessen Namen zu nennen, auf seinen Vorgänger als Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn (CDU). Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) begrüßt »den Vorschlag einer Enquete-Kommission«, wohl wissend, dass

von dieser keine ernsthafte Gefahr ausginge. ÖRR und Konzernmedien, die sie sich als einst vierte Gewalt im Lande selbst abschafften, versuchen derweil, die Dinge unter den Teppich zu kehren oder zu verharmlosen, hetzen und diffamieren dabei zum Teil unbeirrt einfach weiter (Seite 5).

In den kommenden Wochen dürfte es noch spannend werden. Denn die bislang veröffentlichten Protokolle beziehen sich nur auf den Zeitraum von Januar 2020 bis Ende April 2021. *Multipolar* will, dass das RKI das vollständige Protokoll herausrückt und eine Einsicht ohne Schwärzungen erwirken. Der nächste Gerichtstermin hierzu ist am 6. Mai 2024. Allerdings hat die vom RKI für dieses Verfahren beauftragte Wirtschaftskanzlei Raue beim Verwaltungsgericht Berlin beantragt, den Termin zu verschieben. Man will offenbar Zeit gewinnen. Der zuständige Einzelrichter, so heißt es auf der Website von *Multipolar*, befindet sich noch bis zum 17. April 2024 in Elternzeit, weshalb erst nach seiner Rückkehr über den Verlegungsantrag entschieden werden könne. Bei vielen der mehr als tausend geschwärzten Stellen geht es um die Genspritzen und deren gefährliche Nebenwirkungen.

MELDUNG

KABINETT WILL MEDIKAMENTE SCHNELLER ZULASSEN

Berlin/DW. *Big Pharma* soll noch schneller noch mehr Geld machen! Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf den Weg gebracht, wonach Arzneimittel künftig schneller geprüft und zugelassen werden, um somit noch schneller auf den Markt gebracht werden zu können. Vorgesehen seien u.a. Vereinfachungen bei klinischen Prüfungen. (kmü)

KREBSERREGENDE CHEMIKALIEN IN FFP2-MASKEN ENTHALTEN

Wien/DW. Wie das Nachrichtenportal *report24.news* berichtet, wurden krebserregende Ewigkeitschemikalien aus der PFAS-Gruppe in FFP2-Masken nachgewiesen. Darüber berichtete am 25. März auch der *ORF*. Während der Plandemie mussten Menschen FFP2-Masken tragen, obwohl es dafür keine fachliche Grundlage gab. Weltweit steigen seit 2021 die Krebserkrankungen teilweise massiv an. Auch die Giftspritzen schädigen nachweislich das Immunsystem des Menschen. (kmü)

GERINGERE LEBENSERWARTUNG FÜR »VOLLSTÄNDIG GEIMPFTE«

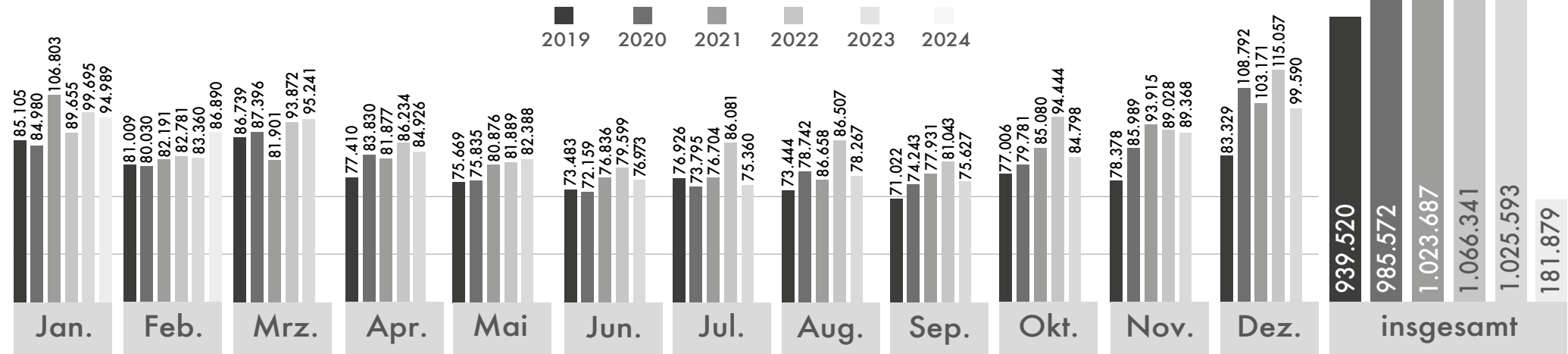
Cleveland/DW. Eine beunruhigende Studie hat ergeben, dass Menschen, die mit mRNA-Injektionen »vollständig« gegen Covid »geimpft« wurden, mit einem Verlust von bis zu 25 Jahren ihrer Lebenserwartung rechnen müssen. Dies berichtet der Wissenschaftsblog *tkp.at* und bezieht sich dabei auf Regierungsdaten der US-CDS, Daten der Cleveland Clinic und Risikobewertungsdaten von Versicherungsunternehmen. (kmü)

HERZPROBLEME BEI JUNGEN BERLINERN MEHR ALS VERDOPPELT

Berlin/DW. Wie die *BZ* berichtet, muss die Berliner Feuerwehr immer öfter jungen Menschen wegen Herzproblemen helfen. Dies gehe aus einer Anfrage des parteilosen Berliner Abgeordneten Brousek an den Senat hervor. So wurden 2023 insgesamt 52.182 Einsätze im Zusammenhang mit Herzproblemen in der Hauptstadt gefahren. Bei den 21- bis 30-Jährigen schoss die Zahl der Einsätze von 2.349 (im Jahr 2020) auf 3.816 (2023) in die Höhe – dies ist ein Anstieg von über 62 Prozent. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Verurteilt wegen eines Fischbrötchens

Ein unglaublicher und in diesen Zeiten doch ganz normaler Fall. Warum ich den Einspruch gegen einen Strafbefehl gegen Bianca Paffenholz (Köln ist aktiv) nach Rücksprache mit meiner Mandantin zurückgenommen habe | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Bianca Paffenholz ist eine der mutigsten Frauen Kölns, jedenfalls wenn es um den Erhalt des Grundgesetzes auch in Pandemie-Zeiten geht. Mit Köln ist aktiv organisierte sie hunderte von Demos und Mahnwachen, um darauf aufmerksam zu machen, dass auch in der Corona-Pandemie die Grundrechte gelten und zwar ohne, dass man sich diese zunächst mit einer Genspritze zu verdienen gehabt hätte.

Ihr Einsatz für das Recht brachte der Spanierin jedoch viel Ärger ein – mit dem Gesetz, aber auch auf der Straße. So wurde unter anderem ihr Fahrzeug beschädigt und sie zudem – wie könnte es anders sein – als Nazi beschimpft. Nun war Bianca Paffenholz mal wieder angeklagt. Grund: Der Biss in ein Fischbrötchen. Eine der unsinnigen Corona Regeln war es damals, dass man erst 50 Meter vom Lokal entfernt seine Speisen verzehren durfte. Ob Frau Paffenholz auf dem Weg zum Fahrrad schon mal abgebissen hat? Die Ordnungshüter schlugen zu und schrieben gleich eine Anzeige: Höchste Gefahr! Wie kann man nur so hungrig sein, wenn es um den Erhalt der Volksgesundheit geht? Auf unsere Nachfrage bei Gericht, ob man dieses Verfahren nicht einstellen könne, erhielten wir eine klare Ansage: Nehmen sie den Einspruch gegen den Strafbefehl besser zurück, sonst wird es, wenn das Gericht die Zeugen lädt, noch teurer.

Hier die Rücknahme des Einspruchs an das Kölner Strafgericht: In dem Verfahren gegen Frau Paffenholz teile ich mit, dass ich nach dem richterlichen Hinweis und nach Rücksprache mit der Mandantin den Einspruch gegen den Strafbefehl zurücknehme. Gegen den Bußgeldbescheid vom 12. April 2023 nehme ich in Vollmacht meiner Mandantin, Bianca Paffenholz, den Einspruch zurück. Ich bitte um kurzfristige Abladung für den Termin am 20. März 2024.

Zu den Gründen: Für das Gericht scheint es ja bereits festzustehen, dass die

Beschuldigte in das Fischbrötchen gebissen hat. Das Gericht sieht es zudem offenkundig als belegt an, dass die Rechtsverordnung, auf der das Bußgeld basiert, auch rechtmäßig ist. Nach zahlreichen Verfahren gegen die Corona-Verordnungen muss ich leider feststellen, dass bisher kein einziger Richter dazu bereit gewesen wäre, die Rechtmäßigkeit der Verordnungen nur ansatzweise in Zweifel zu stellen. Warum eigentlich nicht? Hierzu ein Hinweis: Bis heute klagt der Unterzeichner gegen die Kölner Ausgangssperre vor dem Verwaltungsgericht Köln. Der zuständige Richter sieht sich aber auch nach drei Jahren Bearbeitungszeit nicht in der Lage, den Fall zu entscheiden. Nicht mal eine Beweiserhebung hat bis heute stattgefunden.

»IHR IMPFSTATUS, HERR VORSITZENDER?«

Auf WDR2 wird dagegen schon vermeldet, die Ausgangssperre sei rechtmäßig gewesen, wie das VG Köln festgestellt habe. Eine Falschmeldung, angesichts des bis heute anhängigen Verfahrens gegen die Ausgangssperre. Wichtig scheint hier also nur der öffentliche Glaube zu sein, der sicherlich auch beim Amtsgericht/Strafgericht Köln besteht. Dies bedeutet: Obwohl diese Rechtsverordnungen bis heute nicht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft wurden, werden Bürger der Stadt Köln deshalb strafrechtlich verurteilt, ohne das zumindest in den Strafverfahren auch nur über die mögliche Rechtswidrigkeit der Verordnung nachgedacht wird. Viele nennen dieses Vorgehen auch eine Corona-Justiz. Hinsichtlich der Prüfung der Rechtmäßigkeit der Verordnungen habe ich in den letzten drei Jahren bereits die unterschiedlichsten »Ausreden« gehört. Zu den besten richterlichen Aussagen gehört sicherlich: Die Corona-Verordnungen habe die Bundesregierung so beschlossen, oder fahren Sie doch nach Karlsruhe.

Wenn Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn öffentlich für Verzeihung wirbt, dann frage ich mich, warum er auf mein Anschreiben

hinsichtlich des »Fischbrötchen-Prozesses« nicht reagiert hat. Die oft ohne jede Evidenz beschlossenen Verordnungen werden bis heute als Grundlage auch für eine strafrechtliche Verurteilung genutzt – mit Verzeihung hat dies wenig zu tun. Wie ich ihm bereits mitgeteilt habe, haben 99,9 Prozent aller Corona-Infektionen in Innenräumen stattgefunden und deshalb soll meine Mandantin nun wegen dem Biss in ein Fischbrötchen an der frischen Luft zu einer »milden Strafe« verurteilt werden. Für Menschen, die wie sie von Bürgergeld leben, mit zwei kleinen Kindern, bedeutet ein Fischbrötchen, das dann noch eine 100-Euro-Strafe mit sich bringt, viel Geld.

Zu beachten wäre sicherlich auch die internationale Ratio im Hinblick auf die Mortalität des Corona Virus SARS-CoV-2, die lag nämlich nach dem Professor für Medizin und Epidemiologie von der Stanford University, John Ioannidis, in der Bevölkerung bei 0,15 Prozent – durchschnittliches Todesalter 83 Jahre. Aber diese Argumente zählen bei Gericht ja nicht, auch nicht drei Jahre nach der Pandemie, bei der es von Anfang an hieß: Nur die Impfung ist der Ausweg aus der Pandemie, so beschlossen in der Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer bereits am 15. April 2020.

Dass der Heilsbringer, die Genspritze, dann letztlich gar nicht darauf ausgelegt war, Infektionen zu verhindern (2G-Maßnahmen) spielt nach wie vor keine Rolle. Wichtig ist leider bis heute allein der Gehorsam der Bürger – der auch heute noch für einen Biss in ein Brötchen bestraft werden soll und dessen Grundrechte ja nur noch dann gelten sollen, wenn er sich zuvor einer unerprobten Gentherapie unterzogen hat – oder wie Kanzler Scholz es genannt hat, als Versuchskaninchen bei der großen Pandemie mitmachen sollte.

Da wir also offensichtlich bis heute keinerlei Chance vor Gericht haben, dass auch die Hintergründe der Pandemie hinterfragt werden,

nehmen wir den Einspruch zurück. Da wir im Bußgeldverfahren keine Chance auf eine weitere Instanz haben, die bei einer Beschwerde ja nur aus wichtigen Gründen der richterlichen Fortbildung statthaft ist, nehmen wir die Strafe so hin – denn die oben dargelegten Gründe sind für deutsche Strafgerichte nie ein Grund für die Fortbildung des Rechts – warum eigentlich nicht? Ich denke, für eine Aufarbeitung der Corona-Krise, die auch eine Krise für diesen Rechtsstaat darstellt, ist es einfach noch zu früh. Schade, denn meine Mandantin und ich dachten wirklich, dass es auch Jens Spahn mit der Verzeihung ernstgemeint hätte. Warum es im Jahre 2020 eine Untersterblichkeit gab und die Betten in den Kölner Krankenhäusern leer standen, es aber dann nach Einführung der Genspritze zu einer Übersterblichkeit gekommen ist – kann dir auch keiner sagen. Dies bleibt wohl das große Geheimnis der *Mainstream*-Medien. Ebenso, wie die Tatsache, dass meine Mandantin, die sicherlich hunderte von Demos und Mahnwachen in Köln veranstaltet hat, es nie in den WDR geschafft hat, und deren Veranstaltungen von der *WDR Lokalzeit* als rechts bezeichnet wurden – während dann aber die Gegendemo mit »Antifa« als eine solidarische Veranstaltung gelobt wurde und sich sogar der Intendant Tom Buhrow (ganz neutral) für diese Gegendemo ausgesprochen hatte, ebenso wie Bürgermeisterin Reker.

Bleibt noch die Frage an den Rechtsstaat: Wie kann ein Ungeimpfter eigentlich eine unabhängige richterliche Entscheidung erwarten, wenn alle Richter und Staatsanwälte sich haben impfen lassen »müssen«? Dürfen wir nach Ihrem Impfstatus fragen, Herr Vorsitzender? Wäre der Impfstatus nicht sogar ein Grund für einen Befangenheitsantrag? Dass ein solcher Antrag natürlich abgelehnt werden würde, liegt auf der Hand. Deshalb haben wir uns die Mühe auch gespart.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Ein faules Osterei, eine verbotene Trikotnummer und 20.000 Elefanten

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, ich hoffe, Sie hatten ein gesegnetes Osterfest und haben sich ein paar bunte Ostereier gegönnt. Für mich gab es diese nur in zwei Farben – in schlumpfblau und RKI-geschwärzt. Robert Habeck (Bündnisgrüne) hat vermutlich ein paar grüne Eier verzehrt. Vor rund vier Wochen wünschte der Bundeswirtschaftsminister auf X allen Muslimen einen »gesegneten Ramadan«, dem deutschen Volk, das es laut seiner eigenen Aussage ja gar nicht gibt, per Videobotschaft zu Ostern aber lediglich »gute Ostertage«. Wen wundert's? Zudem nutzte er seine Rede vor allem, um die Unterstützung der Ukraine zu verteidigen, tat dies

sogar mit Verweis auf seinen Amtseid. Dies seien »keine leeren Worte«, schwadronierte er. Nein, natürlich nicht. Ich verstehe gar nicht, warum er das extra erwähnen muss, die Taten seines Handelns schlagen doch immer deutlicher durch: Unsere Wirtschaft floriert wie in besten Zeiten. Und ja: Krieg ist Frieden. Wissen wir doch längst – dank George Orwell, der in diesen Zeiten seine helle Freude hätte.

In den vergangenen Tagen gab es erneut viele absurde Meldungen. Immer wieder musste man sich fragen: Ist die Nachricht ernst gemeint oder handelt es sich um einen Aprilscherz? Der 1. April ist ja der einzige Tag im Jahr, an dem »Tagesschau«-Gucker

die ihnen verkündeten Nachrichten kritisch hinterfragen. In Bayern sorgte ein faules Ei für mächtig Wirbel. Dort verlor Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am 31. März ein riesiges Schoko-Ei – verziert mit seinem Abbild. Auf so eine Idee muss man im nüchternen Zustand erstmal kommen, schließlich gab es die Cannabis-Freigabe erst einen Tag später. Die Reaktionen im Netz waren vorwiegend negativ. Einige bezeichneten Söder als Narzisst, andere als peinlichen Selbstdarsteller. Ich habe überhaupt nichts gegen Schokolade – aber das Auge isst ja bekanntlich mit. *n-tv* berichtete unterdessen, dass vor allem weiße Schokohasen aufgrund ihres CO₂-Abdrucks nicht gut fürs Klima sind. Braune und dunkle Hasen seien dagegen weniger schädlich. Ist



Süße Elefanten: Bald in freier Wildbahn auf unseren Straßen unterwegs? Botswanas Staatschef möchte 20.000 Dickhäuter nach Deutschland entsenden. Foto: Commons

🔗 Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

das schon Rassismus? Definitiv ein Skandal ist: Von Häsinnen und Transhasen wurde gar nicht erst gesprochen.

Beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) drehen sie nun offenbar komplett durch: Jetzt haben sie sogar die Trikotnummer 44 verboten und die Auslieferung von Trikots mit dieser Nummer gestoppt. Der Grund: Im Schrift-Design des neuen *Shirts* würde die Nummer zu sehr an die SS-Rune aus der NS-Zeit erinnern. Ein Nazi-Symbol auf diesen schönen pink-lila-farbigem Barbie-EM-Auswärtstrikots? Nein, das geht gar nicht! Ich frage mich aber: Müsste man nicht auch die 18 verbieten?

Diese Zahl steht schließlich für Adolf Hitler. Auch die 8 halte ich für bedenklich: Fußballfans, die schon ein paar Bier intus haben, könnten die Zahl doppelt und somit die 88 als Code für »Heil Hitler« sehen. Sie erinnern sich sicher an die 16-jährige Schülerin Loretta: Diese hatte zuletzt die Konzernmedien in freudige Aufregung versetzt, weil sie für die AfD warb und eine Jacke besitzt, auf der die Buchstaben »HH« prangen, die sich jedoch letztlich – zur Enttäuschung von *Welt* & Co – nur als Abkürzung für die Modemarke Helly



CORONA-AUFARBEITUNG UND DER KAMPF UM DIE DEUTUNGSHOHEIT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Dem *Online-Magazin Multipolar* gelingt es, das Robert-Koch-Institut zur Herausgabe der Protokolle des Corona-Krisenstabs der Bundesregierung zu zwingen (wenn auch aktuell noch mit erheblichen Schwärzungen). Die Konzernmedien können es nicht ignorieren. Stattdessen hetzen sie gegen *Multipolar* und dessen Mitherausgeber Paul Schreyer.

»Rechts« sei das Magazin *Multipolar*. Und »verschwörungsideologisch«. Und es werde von »Corona-Leugnern« und »Impfgegnern« gelesen. Das liest man landauf, landab in exakt jenen Blättern und auf exakt jenen Internetseiten, auf denen seit vier Jahren all jene diffamiert werden, die es gewagt haben, die medizinischen und epidemiologischen Grundlagen der Pandemie-Erzählung in Frage zu stellen.

Dass die Corona-Krise aufgearbeitet werden muss, dringt zunehmend auch in das Bewusstsein von Politikern etablierter Parteien. Gerade auch in das Bewusstsein jener, die seinerzeit für die Maßnahmen verantwortlich waren. Längst hat der Kampf um die Deutungshoheit bei dieser Aufarbeitung begonnen. Diese Deutungshoheit reklamieren ausgerechnet jene Akteure für sich, die in der Corona-Zeit die bürgerlichen Freiheiten mit Füßen getreten oder Beifall spendend darüber berichtet haben. Die Täter möchten gerne ihre eigenen Richter sein.

Was ist etwa davon zu halten, wenn Julia Merlot uns am 26. März 2024 im *Spiegel*

Hansen entpuppten (DW berichtete). Aber ich finde, es wäre nun endlich an der Zeit, auch mal das Kfz-Kennzeichen der Hansestadt Hamburg zu überdenken. HH – das geht in diesen Zeiten einfach nicht mehr!

Ziemlich große Aufregung gibt es derzeit auch um Nationalspieler Antonio Rüdiger. Der *postete* in den sozialen Medien ein Foto von sich, auf dem er in einem weißen Gewand auf einem Gebetsteppich sitzt und seinen rechten Zeigefinger nach oben richtet. Ex-*Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt (*nius.de*) brachte ihn daraufhin mit dem Islamismus in Verbindung, weil es sich dabei um den sogenannten Tauhid-Finger handele, der als klares Zeichen für Islamismus zu werten sei. Aber hat nicht schon einst E.T., der Außerirdische, diesen Gruß gezeigt, als er »nach Hause telefonieren« wollte? Und der stand nun wirklich nicht im Verdacht, ein Extremist zu sein, oder? Vielleicht hatte sich Rüdiger auch einfach nur per gehobenen Zeigefinger ein Bier bestellt. Oder er wollte auf etwas anderes aufmerksam machen: Es gibt nur *einen* lächerlichen DFB! – Also offenbar viel Aufregung um nichts. Dennoch haben Rüdiger und der DFB Reichelt angezeigt. Nun ja, der DFB darf sich derartige Anschuldigungen natürlich nicht gefallen lassen. Nicht, dass das



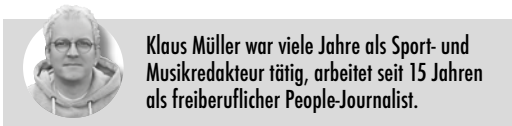
Nachvollziehbare Forderung zum vierten Jahrestag des Maßnahmen-Regimes. Foto: Georgi Belickin/DW

erklären will, was in den Corona-Protokollen des RKI steht? Ausgerechnet jene Julia Merlot, die am 20. März 2020 (ebenfalls im *Spiegel*) einen ganz üblen Verleumdungsartikel über Wolfgang Wodarg in die Welt gesetzt hat? Sollen wir die Aufarbeitung ernstlich in die Hände solcher Hetzer legen?

Besonders unverfroren treibt es Christian Tretbar (das ist sein Nachname, keine Einladung, also bitte keine Gewalt!), Chefredakteur beim *Tagesspiegel*. Gerade diese Zeitung hatte sich in der Corona-Zeit an die Spitze der *Lockdown*- und Impfwang-Propaganda gestellt und Andersdenkende böswillig verunglimpft. Christian Tretbar veröffentlichte am 27. März 2024 einen Gastbeitrag im *Focus*. Die Einleitung zu diesem Artikel lautet wie folgt: »Bei der Corona-Politik gab es auch falsche Entscheidungen. Das muss aufgearbeitet werden. Aber nicht, um Leugnern eine Absolution zu erteilen. Es geht darum, Fehler zu identifizieren und aus ihnen zu lernen.« Christian Tretbar bildet sich also allen Ernstes ein, er sei in der Position, eine Absolution zu erteilen oder zu verweigern. Er stellt sich damit (immer noch) über die Kritiker – die, wie jetzt für alle (auch für jene, die den Treibern der Corona-Politik bisher vertraut hatten) sichtbar wird, mit ihren Einwänden gegen die medizinischen und epidemiologischen Grundlagen der Pandemie-Erzählung richtig lagen.

woke Image noch vor der EM im eigenen Lande beschädigt wird.

Wenn zur EM dann Fußballfans aus ganz Europa nach Deutschland strömen, können diese möglicherweise an den Spielorten (u.a. München, Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt) Safaris buchen. Der Staatschef von Botswana, Präsident Mokgweetsi Masisi, möchte nämlich als Geschenk 20.000 Elefanten nach Deutschland entsenden, weil die grüne Sekte um Umweltministerin Steffi Lemke die Trophäenjagd in Afrika behindere und somit indirekt Einfluss auf die Populationsregulierung nehme, was zu einer Überpopulation von Elefanten führen könne. Die Tiere sollten laut Masisi wie in Afrika in freier Wildbahn leben. Ich finde, das ist eine geniale Idee. Endlich bewirken die Grünen auch mal was Positives! Wenn hier bald tausende Elefanten durch unsere Straßen laufen, fühlen sich viele Flüchtlinge gleich viel heimischer. Und sind wir mal ehrlich: Viel irrer kann es in unserem Land doch ohnehin nicht mehr werden. Also, nur her mit den Riesenrüsslern!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

Damit stellt sich zugleich die Frage, wofür Christian Tretbar eigentlich Absolution erteilen will. Absolution ist die Lossprechung des Sünders von seinen Sünden. Worin aber lag denn die »Sünde« der Kritiker (die Christian Tretbar immer noch als »Leugner« brandmarkt)? Dass sie die Wahrheit ausgesprochen haben? Dass sie sich mit der Propaganda in den Konzernmedien nicht abgefunden haben? So viel Dreistigkeit wie Christian Tretbar muss man erst einmal aufbringen, wenn man – wie es im *Tagesspiegel* leider fast durchgängig der Fall war – vier Jahre lang den Journalismus in schamloser Weise zum Propaganda-Instrument pervertiert und einer übergriffigen Regierung nach dem Mund geschrieben hat, ohne selbst bei offenen zutage liegenden Widersprüchen und Ungeheimheiten die gebotenen Zweifel anzumelden. In Wirklichkeit offenbaren die Zeilen von Christian Tretbar, dass die Corona-Hetzer selbst jetzt, da alle ihre Lügen an die Oberfläche gespült werden, immer noch die Geisteshaltung ihrer eigenen moralischen Überhöhung und der Entmenslichung Andersdenkender an den Tag legen. Oder verbirgt sich dahinter einfach nur die Angst, dass die damals Diffamierten eines Tages zu den Anklägern jener Hetzer werden könnten?

Im Kampf um die Deutungshoheit kommen die *RKI-Files* für die Konzernmedien gänzlich zur Unzeit. Weil deren Journalisten aber intellektuell gänzlich unbewaffnet sind, fällt ihnen nicht mehr ein als das sattsam bekannte Nazi-Rechts-Rechts-Nazi-Gebrüll. Und natürlich greifen sie zur Verharmlosung. Pascal Siggelkow redet in der *Tagesschau* vom 25. März 2024 von einem »Skandal, der keiner ist«, und suggeriert seinen Lesern, so furchtbar viel Neues brächten die *RKI-Files* eigentlich gar nicht. Warum aber musste dann *Multipolar* die Protokolle erst freiklagen? Und warum haben die Konzernmedien sich nicht ihrerseits um diese Protokolle bemüht?

Die Konzernmedien unterschreiben aktuell ihre endgültige journalistische Bankrott-erklärung. Das Konglomerat von Lügen, Angst und Hass, das sie in der Corona-Zeit verbreitet haben, fällt ihnen jetzt auf die Füße. Und das ist gut so!

MELDUNG

KONTOABFRAGEN
AUF REKORDHOCH

Berlin/DW. Der »Schnüffelstaat« lässt das Bankgeheimnis immer mehr zur Makulatur geraten: Wie aus einer Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer hervorgeht, wurden im Jahr 2023 mehr als 1,4 Millionen Kontoinformationen beim Bundeszentralamt für Steuern abgefragt. Dies berichtet das Nachrichtenportal *nius.de*. Im Jahr 2005 lag die Zahl noch bei rund 10.000 Abfragen. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Zum Ostermontag wurden 15 Kohlekraftwerke endgültig außer Betrieb genommen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) behauptet, die Energieversorgung Deutschlands sei weiterhin gesichert. +++ Nachdem die CDU Ende März im Dresdner Stadtrat einem AfD-Antrag zugestimmt und somit die sogenannte Brandmauer zum Bröckeln gebracht hat, zeigt sich CDU-Chef Friedrich Merz verärgert und will den Fall prüfen lassen.

+++ Ampel im Osten vor Wahldebakel: Vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen (1. September) und Brandenburg (22. September) prognostizieren aktuelle Umfragen der Ampelregierung ein Desaster. So müssen in Thüringen und Sachsen sowohl SPD (laut Insa je 6 Prozent) als auch die Bündnisgrünen (je 5 Prozent) um den Einzug in den Landtag bangen. Die FDP läuft bereits weit abgeschlagen unter »Sonstige«.

+++ Das Hetz-Portal *t-online* musste aufgrund von *Fake-News* im Rahmen seiner Berichterstattung zum Potsdam-Treffen eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgeben. Die Seite hatte u.a. Aussagen des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau frei erfunden.

+++ Der u.a. aufgrund des Mautdebakels umstrittene Ex-Verkehrsminister Andreas Scheuer zieht sich aus der Politik zurück und legte Anfang April nach 22 Jahren im Bundestag sein Mandat nieder. +++ Nach Bayern wird nun auch in Hessen in der Landesverwaltung die Gendersprache mit Doppelpunkt, Binnen-I, Unterstrich oder Sternchen verboten.

+++ Fürstin Gloria von Thurn und Taxis ist bekannt dafür, dass sie offen ihre Meinung sagt, was ihr in der Vergangenheit mehrfach Kritik einbrachte. Nun zeigen sich Linksextreme entrüstet, weil die Adelige ein Spendendinner für Hans-Georg Maaßen (Werteunion) gegeben hat und fordern ihre Enteignung.

+++ Die französische Zeitung *Le Monde* rechnet laut *nius.de* mit deutschen Konzernmedien ab. Diese hätten sich einst durch Meinungsvielfalt und Kritik an den Regierenden hervorgetan, haben sich aber in den letzten Jahrzehnten zu Steigbügelhaltern der Mächtigen erkorren und infolgedessen massiv an Akzeptanz ihrer Leserschaft einbüßen müssen. +++ (kmü)

Leuchtturm

ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg
• Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio
• Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau
• Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus
• Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bismarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio
• Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING - A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau
• Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00
• NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
LANGENTHAL - CH: Samstag 18.00 • SRF Zürich • Vortrag Dr. Nehls, u.a.
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG - A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK, 18 Uhr, am Rathaus –
APOLDA, 18.30 Uhr, am Marktplatz –
ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-
Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am
Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30
Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-
LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter
2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus
– CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus
– DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am
Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am
Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der
Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18
Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM,
18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz
nahe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN,
18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG,
18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18
Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18
Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche
– NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am
Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am
Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 6.4.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 6.4.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 6.4.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.4.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Backenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 6.4.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 6.4.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 6.4.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.4.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitrepppe beim Rathaus	Demo
Sa, 6.4.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausurmplatz	Spaziergang
Sa, 7.4.2024	Bielefeld, am Rathausplatz	Spaziergang
Sa, 7.4.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 8.4.2024 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19:21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Mahnwache
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 8.4.2024 18:20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 8.4.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 8.4.2024 19:20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 8.4.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Hamel, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 8.4.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 8.4.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 8.4.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 8.4.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 8.4.2024 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 9.4.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.4.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 9.4.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.4.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 9.4.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 10.4.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 10.4.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 10.4.2024 19-21 Uhr	Mehrthoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 10.4.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 10.4.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 10.4.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 10.4.2024 19:20:30 Uhr	Neckaraltingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 10.4.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 10.4.2024 19:20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 10.4.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 11.4.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 11.4.2024 18-20 Uhr	Behra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 11.4.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 11.4.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 11.4.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 11.4.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 11.4.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 11.4.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 11.4.2024 17:18:30 Uhr	Rostock, Brunnent der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 11.4.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 12.4.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 13.4.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.4.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug
Sa, 13.4.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 13.4.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 13.4.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 13.4.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 13.4.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 13.4.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 1.5.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mo, 6.5.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN



Demokraten auf dem langen Marsch durch Berlin am 30. März 2024. Foto: Georgi Belickin/DW



Demokratin macht zum vierten Geburtstag der Demokratiebewegung die Sache noch einmal klar. Foto: Georgi Belickin/DW



Corona ist gleich Watergate-Affäre plus Contergan-Skandal mal 17.000. Foto: Georgi Belickin/DW



Statt Krieg, Verarmung und Überwachungsstaat: Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen. Foto: Georgi Belickin/DW

»MIT EUCH ALLEN ZUM 3. AUGUST!«

Michael Ballweg brachte im August 2020 erst über 800.000 und dann über 1,3 Millionen Demokraten (w/m) nach Berlin. 2021 zeigte er seine kämpferische Seite und 2022 wurde er vom Schweineregime vor dem Sommer weggesperrt. Zum 3. August 2024 kehrt er nun in die deutsche Hauptstadt zurück. DW sandte er einige Grußworte an die Leser, die wir hier gern wiedergeben.

Nachdem ich die Demonstration am 3. August in Berlin angekündigt habe, wird es wahrscheinlich auch wieder viel Aufregung geben in der Bewegung. Und es wird wieder die Diskussion losgehen um »gesteuerte Opposition«, Transparenz et cetera. Ich möchte trotzdem einfach mal meine Gedanken mit Euch teilen.

Es gibt ja immer wieder Menschen, die sich nach vorne wagen und die dann einfach auch aus der eigenen Bewegung oder von Menschen, die vielleicht keine eigenen Ideen haben, diskreditiert werden. Für mich ist immer wichtig, die Menschen nach ihren Taten zu beurteilen. Also lebt jemand seine eigenen Ideen? Geht er in die Aktion, ins Risiko, um Dinge zu verändern? Ich weiß, als Elon Musk zum Beispiel Twitter gekauft hat, ging es dann gleich los. Ja, der war doch beim WEF Ja, der hat auch dies. Ja, der hat auch das. Das ist für mich aber alles nicht relevant, weil für mich ist es einfach so: Ich beurteile die Menschen immer nach ihren Taten. Und natürlich habe ich auch viele Punkte, in denen ich mit Elon Musk vielleicht nicht übereinstimme. Nämlich zum Beispiel, dass er als der reichste Mann der Welt einfach so viel Macht und Einfluss ausüben kann.

Und meiner Meinung nach, da sind wir jetzt beim Geldsystem, sollten eben Macht und Energie – Geld ist ja nichts anderes als Energie – zentral verteilt sein. Aber diese freie Plattform X-Twitter ist ein wichtiges Instrument gerade, da der Debattenraum online ja immer kleiner wird, auch mit dem Digital Services Act. Und deshalb kann ich sagen, dafür bin ich zum Beispiel Elon Musk sehr dankbar, dass er das tut.

Und ich glaube, ich habe gestern auf Twitter eine Rede seiner Frau gesehen, die gesagt hat, Elon Musk ist gut im Nein zu sagen. Und das ist auch zum Beispiel, was ich immer tue. Ich sage immer, ich bin nicht aufgestanden, um Erwartungen anderer zu erfüllen, sondern ich bin verantwortlich



Gemeinsam mit rund 500 Demokratinnen und Demokraten gedenken DW-Herausgeber Anselm Lenz (li.) und Hendrik Sodenkamp (re.) am 30. März 2024 den Opfern und Totgespizten des Kriegsregimes mit einem Kranz und einem Marsch durch Berlin. Der Berliner Rosa-Luxemburg-Platz (Hintergrund) ist die Geburtsstätte der Demokratiebewegung (siehe Demokalender, Seite 7) Foto: Georgi Belickin/DW.

für mein eigenes Leben. Und deshalb ist es wichtig, auch Nein zu sagen. Ich glaube, das kann er gut. Und ich denke, es gibt viele Positionen, in denen ich nicht übereinstimme, zum Beispiel auch mit dem Neuralink-Projekt, wo man einfach das Gehirn mit der Technik verbindet. Aber es ist, denke ich, auch wichtig, dass man sich immer überlegt, wo gibt es Punkte, an denen hilft mir jetzt eine Plattform wie X-Twitter zum Beispiel, noch eine bessere Welt zu gestalten. Und dazu gehört eben ein offener Debattenraum und dass man nicht zensiert wird. Und da möchte ich nahtlos übergehen, auch zu meinen ganzen anderen Kritikern.

Es gibt ja viele, die mich immer kritisiert haben, weil ich nicht das gemacht habe, was sie wollten. Und denen sage ich heute noch mal freundlich, ich werde auch 2024 nicht das tun, was Ihr wollt, sondern ich werde mich einsetzen für ein Leben, wie ich es mir vorstelle. Und mein Leben oder mein Beitrag in dieser Bewegung ist, dass ich Menschen ermächtigen möchte, in Frieden, in Freiheit, in Freude, in dieser Veränderung

zu leben. Und das sind meine Instrumente, und die kann ich dann Euch nur auch ans Herz legen, immer wieder in Sich zu gehen, zu sagen, warum lebe ich überhaupt in dieser Zeit, wie möchte ich leben? (...)

Und deshalb möchte ich jetzt alle noch mal auch aufrufen oder daran erinnern, die das vielleicht nicht haben, dann einfach in sich zu gehen und sich zu überlegen, wie sieht denn meine Welt aus, in der ich leben will. Wir haben in Deutschland ein föderales Prinzip, also die Bundesländer. Wir haben in den Landesverfassungen das Recht auf Subsidiarität. Das heißt, die Entscheidung wird an der kleinsten Stelle getroffen. Das kann die Familie sein, das kann der Freundeskreis sein, das kann die Kommune sein. Und am Ende werden wir nicht in einem Land leben oder möchte ich nicht in einem Land leben, wo alles gleichgeschaltet ist, weil das macht ja die andere Gegenseite, wo uns irgendjemand sagt, wie wir leben müssen, sondern wo es hoffentlich viele pluralistische Konzepte gibt. Die einen, die ganz naturverbunden leben wollen und mit ganz

wenig Technik. Die anderen, die mit ganz viel Technik leben wollen. Ich bin eher jemand, der die besten Dinge für sich nutzt. Das heißt, immer die Mitte sucht. Und das ist, glaube ich, wenn man Anforderungen, wenn man weiß, wo will ich eigentlich selbst hin, wie möchte ich leben, und dann wird es auch ganz einfach, das umzusetzen.

Dahin hinzukommen, ist ein schwieriger Prozess. (...) Ihr sollt Euer eigenes Ding machen. Werdet unregierbar, ist eigentlich mein Leitspruch. Ich selber bin schon immer ein gut gelaunter Rebell.

Und was heißt das? Dass jeder für sein eigenes Leben verantwortlich ist und sich selbst überlegt, wie er das gestalten möchte, mit wem er das gestalten möchte und wie viel Zeit er dazu bereit ist, einzusetzen. Es gibt auch eine unschöne Seite, die ich noch ansprechen möchte, nämlich dass Konflikte oftmals offen ausgetragen werden. Ich möchte ein prominentes Beispiel nehmen, und das ist Rainer Füllmich. Ich selbst bin Rainer Füllmich super dankbar für das, was er gemacht hat. Er war einer der mutigen Menschen, der sich von Anfang an mit dem Corona-Ausschuss dafür eingesetzt hat, dass eben dieser Debattenraum, für den ja Querdenken auch steht, der online immer enger wird, der jetzt auch mit dem Digital Services Act wieder verengt wird, dass er den aufgemacht hat. Und jetzt ist er dafür in Untersuchungshaft. Und das Schlimme daran ist, er wurde von den Menschen aus den eigenen Reihen verraten. Auch das ging mir oft so.

(...) Ihr merkt es vielleicht, ich habe mich gesammelt. Und deshalb, denke ich, gucken wir auf ein großes, großartiges 2024. Ich freue mich drauf, das mit Euch allen zu organisieren, die Demonstration am 3. August! Ich freue mich für jeden, der kommt, für jeden, der mitarbeitet und wünsche Euch eine wundervolle Zeit bis dahin.

– Michael Ballweg



Rationalgalerie-Autor Uli Gellermann (Bildmitte) und laut Polizeiangaben »350« Demonstranten am 30. März 2024 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Foto: DW/Lenz

Regisseur Dietrich Brüggemann:

»DER WIDERSTAND GEWINNT IMMER«

Lange war es ruhig um ihn geworden, nun meldet sich Regisseur Dietrich Brüggemann zurück. In einem Interview mit der Berliner Zeitung sprach der 48-Jährige u. a. über seine Aktion *Alles dichtmachen* während der »Pandemie«. Er sei niemandem seiner Kollegen böse, der sein Video zurückgezogen habe. »In so einer irrsinnigen *Shitstorm*-Situation ist das verständlich.« Die Geschehnisse in der Coronazeit sieht er heute nicht anders als damals: »Was da passiert ist, war vollkommen irrsinnig, und das werde ich bis an mein Lebensende auch so sagen. Ich hätte mir niemals träumen können, dass so etwas passiert.« Aber er zieht positive Schlüsse aus Corona: »Menschen wie ich, die vorher nicht so besonders politisch waren, wurden politisiert. Viele haben gesagt: Dieser übergriffig autoritäre Staat, das kann ja wohl nicht sein. Viele haben gesehen, wie Dominanz ausgeübt wird, jeder konnte für eine Zeit andere dominieren: Wenn ich an der Pforte sitze, kann ich andere anschreien: Maske auf! Unterstützt wurde das dann von grauenhafter Propaganda wie hier in Berlin, wo es hieß: »Nicht rumgurken. Maske vor die Rübe!« Das ist doch einer Demokratie nicht würdig«, erklärt



Brüggemann. »Entweder man respektiert die Leute als autonome Erwachsene, dann verbietet sich dieser Tonfall, oder man hält sie für unmündige Kinder, dann kann man sich das mit der Demokratie auch gleich sparen. Seitdem ist jedenfalls eine große kritische Masse auf der ganzen Welt ziemlich sauer und schaut sich jetzt sehr genau an, was die Regierungen so machen.« Sein Fazit: »Der Widerstand gewinnt immer.« (kmü)



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Antifa entführte meinen Manfred«

Philipp Schnurr ist bekennender Demokrat, Christ und professioneller Kreativer. Für DW schildert der Kölner eine unglaubliche, aber wahre Begebenheit.

DW: Herr Schnurr, Sie sind seit Jahren als Aktivist und Filmer in der Demokratiebewegung bekannt. Zuletzt wurde Ihr Wellensittich entführt. Wie lief das ab?

Philipp Schnurr: Ja, es klingt völlig absurd, aber es ist so. Ich hatte mir einen Wellensittich gekauft. Der ist bei mir zuhause gegen die Fensterscheibe geflogen. Das habe ich gefilmt und auf meinem Telegram-Kanal veröffentlicht. Ich habe mir dabei nichts weiter gedacht. Keine Stunde später stehen dann bekannte Fake-Antifa-Aktivistinnen aus Köln vor meiner Haustür, Aktivistinnen. Die wollten meinen Manfred mitnehmen. Ich dachte erst, das sei ein dummer Scherz, die machen Witze mit mir. Aber die meinten das zu 100 Prozent ernst. Die wollten den Wellensittich sofort mitnehmen. Ich sagte, »danke, dass ihr euch Sorgen um meinen Vogel macht, ich rufe jetzt auch gleich den Züchter an und schildere ihm die Situation«! Der dachte auch erst, das sei ein Witz, hat denen dann aber am Telefon erklärt, dass es dem Vogel trotz des Flugs gegen die Fensterscheibe gutgeht.

DW: Was geschah dann?

P.S.: Die sind zwar gegangen, haben aber die Polizei geholt. Kurz darauf war ich dann mit Handschellen im Polizeiauto. Die Fake-Antifa ging in mein Haus mit richterlichem Beschluss und mit der Polizei – und entführte meinen Wellensittich Manfred! Die nahmen auch mein iPhone mit und beschlagnahmten meine Rayban-Videokamerabrille. Seitdem ist Manfred weg, das ist jetzt zwei Monate her. Mein Haustier und meine Sachen habe ich immer noch nicht zurück. Mir fehlen dafür die Worte, ich hätte so etwas nie für möglich gehalten.

DW: Wie versuchen Sie, Ihr Haustier und Ihre Gegenstände zurückzubekommen?

P.S.: Ich habe mehrfach bei der Polizei nachgefragt. Ich habe auch nach Unterlagen von dem Polizeieinsatz gefragt. Aber bis dato ist nichts passiert. Ich weiß auch nicht, wo der Wellensittich Manfred jetzt ist.



Philipp Schnurr lebt in Köln, ist Vater und Kreativer. Er arbeitete für große Werbeagenturen, Pressebetriebe, Film- und Musikbranche. Seit Beginn der Corona-Lüge verlor er alles. Foto: DW/Lenz

DW: Warum haben diese angeblichen Aktivistinnen Sie auf dem Kieker?

P.S.: Seit ich mich gegen die Corona-Maßnahmen eingesetzt habe, ist ja bekannt, dass die Fake-Antifa uns massiv bekämpft. Mich haben sie besonders auf dem Schirm, schon einen Farbanschlag auf mein Haus verübt. Die hassen mich. Warum? Na, weil ich natürlich ein Nazi, ein Faschist sei, weil ich gegen die Maßnahmen protestiert habe.

DW: Wobei sich nicht erwiesen hat, dass die Maßnahmen irgendeinen menschenfreundlichen Kern hätten. Warum ist Ihnen die Jesus-Geschichte so wichtig?

P.S.: Für mich hat diese ganze Corona-Episode schon fast biblische Ausmaße

angenommen. Es scheint mir ein Intelligenztest zu sein von Gott, wie auch immer man ihn definieren mag, um zu testen, wie weit unsere Menschlichkeit geht. Für mich ist halt Jesus das Vorbild schlechthin, was Menschlichkeit und Nächstenliebe betrifft. Er ist einfach mein Vorbild für diese Tugenden. Ich glaube fest daran. Deswegen habe ich das Kreuz häufig zu Protesten mitgenommen, weil ich davon überzeugt bin, dass wenn Jesus heute hier wäre, er mit 100-prozentiger Sicherheit auf unserer Seite stünde.

DW: Herr Schnurr, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Die Fragen stellte Anselm Lenz

Briefe an die Redaktion

ABSCHIED VOM SCHWEINEREGIME

Mit Begeisterung lese ich eure Rundbriefe (von www.nichtohneuns.de, Anm. d. Red.) aus den letzten Tagen. In Berlin war ich leider nicht. Ich betreibe Ackerbau und Viehzucht und versorge täglich mehrmals jede Menge Tiere, komme also hier kaum weg. Ich hatte vor rund zwei Jahren mal ein Probeabo vom DW. Ich las eure damaligen Ausgaben, sah, was in diesem Dicksstaat hier abging und wie 90 Prozent der Bürger wie Schafe den verbrecherischen Coronamaßnahmen hinterherliefen und alles unhinterfragt hinnahmen. In Eurer Zeitung stand schon damals alles, was zu tun gewesen wäre, um den kriminellen Eliten das Handwerk zu

legen und deren Pläne zu stoppen. Doch die Schafe setzten brav Masken auf und blieben zu Hause und schauten *ARD*, *ZDF*, usw.

Ich habe damals mein Probeabo nicht verlängert, ich hatte aufgegeben. Ich wollte nichts mehr lesen und hören. Ich war enttäuscht, mit so vielen Schafen hier zusammenzuleben. Ich war in Halle an der Saale oft bei den Montagsspaziergängen, auch das stellte ich ein. Heute ärgere ich mich über diese Entscheidungen. Aber ich habe auch etwas richtig gemacht, ich bin damals ausgestiegen. Ich wollte nicht mehr zu dieser verblödeten Gesellschaft gehören. Ich bin seitdem kleiner Landwirt, bestelle unser altes Eigentum an Feldern und nutze wieder unsere Ställe. Ich bin zu 80 Prozent raus aus dem Quatsch, der

hier abgeht. Ich habe kein Einkommen seit mehreren Jahren. Meine Familie kann ich trotzdem recht gut versorgen – mit Gemüse, Kartoffeln, Eiern, Fleisch, usw. Meine Frau ist noch angestellt, geht aber nun auch schon verkürzt. Wir sind stolz darauf, was wir tun. – Torsten B., Sachsen-Anhalt

AUF DEM SCHIRM

- ✉ **RUNDBRIEF!** Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- 📷 [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)
- 📺 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- 📘 [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)
- 📺 [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://youtube.com/DemokratischerWiderstand)



Demokrat auf der Bundestagswiese am 30. März 2024. In den Platz der Republik wird derzeit ein »antifaschistischer Schutzgraben« für »die Sicherheit« gegraben. Foto: Georgi Belickin/DW

Die Umwelt-Lügner

Klimaschutz-Fanatiker wie Habeck & Co zerstören die Umwelt. Der Bundesrechnungshof stellt fest: Die Klimapolitik gefährdet Industrie und Wohlstand. Und der Sachverständigenrat für Umwelt stellt fest: Die Klimapolitik schädigt die Gesundheit. Und die Klimapolitik schädigt auch das Wasser – in Deutschland und weltweit. | Zweiter Teil von Werner Rügemer

Auch mit dem Klimaschutz-Fanatiker Habeck müssen die Flugkonzerne keine Mehrwertsteuer auf das Flugbenzin bezahlen, weder für Passagier- noch für Frachtflüge. Auch die Amazon-Flotte Prime Air muss nicht zahlen. Und die Superreichen und Topmanager fliegen ihre seit der Coronapolitik noch zahlreicheren Privatjets ebenfalls weiterhin flugbenzin-steuerbefreit, wie etwa der vielbeschäftigte CDU-Multimillionär Friedrich Merz mit seinen zwei Privatjets.

Und auch die führenden Klimaschutz-Aktivist*innen von BlackRock, Vanguard & Co kommen mit ihren Luxus-Büro-Privatjets weiter steuerbefreit noch schneller zu ihren globalen Klimaschutz-Konferenzen wie 2023 zum 28. Mal, diesmal im Emirat Dubai – und auch schneller wieder weg. Steuerbegünstigte Umwelt-Zerstörung: Schon mal darüber nachgedacht, Herr Habeck?

INDIVIDUAL-VERKEHR

Die staatliche Deutsche Bahn wirbt zwar damit, dass sie mit Ökostrom fährt und immer mehr Beschäftigte wegdigitalisiert. Aber gleichzeitig ist die DB ein Extrembeispiel der umweltschädlichen De-Industrialisierung Deutschlands: Zu wenig Gleise, kaputte Oberleitungen und Weichen, Verspätungen, dauerhaft mit Vordrucken beklebte Türen sogar in den ICEs: »Nicht benutzbar«, ausgeweiteter Gütertransport mit den LKWs der DB-Tochter Schenker und noch mehr individueller Autoverkehr auf verstopften Autobahnen.

Kein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, stattdessen staatliche Subventionierung des individuellen, umweltschädlichen

Autoverkehrs. Und keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen, auch nicht für den obersten Klimaschutz-Schuldenmacher, den freiheitlich dahinbrausenden Porschefahrer Christian Lindner. Wieviel Umwelt geht da drauf, Herr Habeck? Und wieviel zusätzliche, unnötige Energie wird da verschleudert, die Sie angeblich reduzieren wollen, Herr Habeck?

NOCH MEHR FOSSILE ENERGIE FÜR DIGITALISIERUNG

Die von der Bundesregierung subventionierte Digitalisierung vor allem mithilfe der großen US-Digitalkonzerne und deren neue Speicherfarmen treibt den Stromverbrauch an. Auch die E-Autos gehören dazu, diese rollenden Hochleistungscomputer, deren Videostreaming, Office-Dienste und Verkehrsbeobachtung und Steuerung über Satelliten im Weltraum laufen.

So wurde Deutschland mit der grün lackierten Klimaschutzpolitik 2023 zum Netto-Stromimporteur, fossil und nuklear produzierter Strom inbegriffen. Und das ist noch nicht alles in diesem fossilen Klimaschutz!

NOCH MEHR KOHLE-IMPORT

Mit Habeck importiert Deutschland nicht nur mehr fossil hergestellten Strom aus dem Ausland. Sondern mit Habeck importiert Deutschland direkt auch noch mehr fossile Kohle, aus den USA, aus Kolumbien und Australien, für noch mehr Kohleverbrennung in Deutschland.

Selbst wenn Wind- und Solarkraft und Wasserstoff noch schneller gesteigert würden – das kommt dem gleichzeitig geförderten, zusätzlichen Energiebedarf nicht nach. Tolle Leistung, Herr Fossil-Minister Habeck!

RECHNUNGSHOF: FÜR REGIERUNG IST UMWELT KEIN SCHUTZGUT!

So kommt jetzt auch der Bundesrechnungshof (BRH) mit seinem durchaus brav reduzierten Analyse-Instrumentarium zu dem doch eindeutigen Urteil: Die Habeck'sche Energiewende ist »wirklichkeitsfremd«. Sie ist »weder umweltverträglich noch bezahlbar«.

Ausführliches Zitat aus dem Bericht des BRH:

»Die Bundesregierung hat umweltschutzrechtliche Verfahrensstandards abgesenkt. Dies erhöht das Risiko, dass einzelne Schutzgüter mehr als nötig beeinträchtigt werden. Dennoch hat es die Bundesregierung – mit Ausnahme des Schutzgutes Klima – bis heute versäumt, ein wirksames Ziel- und Monitoringsystem für eine umweltverträgliche Energiewende einzuführen. Stattdessen hat sie den Monitoring-Prozess »Energie der Zukunft« ausgesetzt – den einzigen Prozess, in dem die Umweltverträglichkeit zumindest angelegt war.«

Im Klartext: Habeck & Co machen sich und die Bevölkerung bewusst blind. Sie wollen nichts über die erheblichen, vielgestaltigen Kollateralschäden ihres Klimawahns wissen. Habeck & Co mit ihrem Bundeskanzler und Finanzminister und weiblicher Begleitung sind selbsterblindete, verantwortungslose Klimaschutz-Fanatiker. Mit ihren Versprechungen zur CO₂-Reduktion sind sie damit zugleich demagogisch, populistisch, zerstören Demokratie.

SACHVERSTÄNDIGENRAT: FÜR REGIERUNG AUCH GESUNDHEIT KEIN SCHUTZGUT!

Die von den Klima-Fanatikern zusätzlich geförderte, geduldete, nicht bekämpfte,

vielgestaltige Zerstörung von Natur und Umwelt macht Menschen krank.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) stellte in seinem Sondergutachten 2023 unter anderem fest: Fein- und Feinststäube aus industrieller Verbrennung und durch den überdimensionierten Autoverkehr, der Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung, die 4.500 verschiedenen PFAS-Zusatzstoffe bei Textilbeschichtungen, in Löschschäumen und Lebensmittelverpackungen sind meist nicht abbaubar, reichern sich in der Umwelt an, in Organismen, im Menschen. Naturräume werden zerstört, auch Biodiversität. Erkrankungen der Atemwege und des Herz-Kreislaufsystems sind die Folge.

Alle Menschen sind davon betroffen, in unterschiedlicher Intensität. Aber Menschen und Familien mit geringem Einkommen und in dicht gedrängten Stadtvierteln und Wohnungen sind davon besonders betroffen. »Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden gehört zu den großen Umweltkrisen unserer Zeit«, heißt es in dem Bericht, der im Sinne des Gesundheitsschutzes notwendige Gegenmaßnahmen vorschlägt. Was der SRU übrigens nicht erwähnt: Die Lebenserwartung der Menschen in den unteren sozialen Schichten sinkt, seit Jahren.

Frage: Ist die Gesundheit der Menschen eigentlich wichtig, Herr Habeck?

NEO-KOLONIAL, ELITÄR UND GEGEN DIE MEHRHEIT

Habeck & Co handeln neo-kolonialistisch. Sie verlagern zusätzlich zu den direkt verursachten nationalen Schäden die noch viel größeren Umwelt- und



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

ROLLEN RÜCKWÄRTS SIND ÜBERFÄLLIG

Viel Positives ist in unserem Land in den letzten 50 Jahren passiert. Unternehmerische Erfolgsgeschichten wurden geschrieben, Produktnamen international etabliert. Autos »made in Germany« waren mehr als beliebt. Ein Mercedes-Diesel als Taxi mit mehr als einer Million gefahrenen Kilometern war keine Seltenheit und hat viele deutsche Urlauber regelrecht mit Stolz erfüllt. Acht Generationen Golf zeigten, was die deutsche Wirtschaft draufhat. Für einen Golf GTI mit 112 PS hätte man wohl sein letztes Hemd gegeben.

Im Jahre 2024 sieht das gänzlich anders aus. Laut VW ist die Zukunft des Golfs wohl rein elektrisch, aber er soll weiterleben. Weiterhin als Ikone. In 2023 jedoch hat sich der Golf mit Verbrenner-Motor drei Mal besser verkauft als der vollelektrische ID.3. Nun ja, was der Diesel-Skandal nicht geschafft hat, erreicht der Konzern dann eben mit der Elektromobilität. Überhaupt ist es verwunderlich, wie die deutschen Autokonzerne ihre diversen Skandale der letzten 25 Jahre überlebt haben. Auch die BMW Group, ein massiver Profiteur der Coronazeit, sieht in der Elektrifizierung der kompletten Produktpalette die heilsbringende Zukunft. Bei Mercedes ist es dasselbe.

Oh ja, sie haben ambitionierte Klimaziele, die einstigen *Heroes* der deutschen Automobilindustrie und allesamt ignorieren sie die wissenschaftlichen Grundlagen des weltweiten CO2-Haushaltes. Denn dass sie es nicht verstanden haben, klingt schier unglaublich. Dazu ist das Prinzip zu einfach und es ist auch kein Geheimnis mehr, dass die Welt in letzter Zeit grüner geworden ist und ich rede hier nicht von der Politik. Wir werden sehen, was aus dem Verbrenner-Aus in 2035 wird. Rollen rückwärts sind auf jeden Fall notwendig und längst überfällig. Deutschland als Retter des weltweiten Klimas führt außerhalb der deutschen Landesgrenzen nur noch zu herzhaften Gelächter.

Schaut man in die Metropolen dieser Welt, sieht man, wie dort die Taxilandschaft, zum Beispiel in London mit 85.000 Mietwagen, längst von Hybridmodellen nichtdeutscher Hersteller geprägt ist. Diesen Zug haben BMW & Co gnadenlos verschlafen und den Rückstand holen sie auch nicht mehr auf. Aber vielleicht wachen sie ja irgendwann aus ihrem elektrischen Tiefschlaf auf und sorgen dafür, dass das grünideologische Desaster in Berlin ein Ende nimmt.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9 | 2. Teil von Werner Rügemer

Gesundheitsschäden in ferne, arme Staaten, in unsichtbar gemachte, globale Produktions- und Transportketten.

Gleichzeitig fährt das Klimaschutz-Klientel CO2-frei den e-tron von Audi und die anderen e-Autos und e-SUVs ab 350 PS von BMW und Daimler, ab 60.000 Euro aufwärts bis über 200.000 Euro, mit Aufpreis-Extras für Sitzbelüftung, für Semi-Anilinleder mit lichtechten Farbpigmenten, für Individualkontursitze (4.750 Euro), für schicke Sonderspeichen, für Satelliten-Videostreaming, für Optik- und Akustikpakete, für Office-Dienste, für Fahr- und Nachtsichtassistent – und alles, was der CO2-frei-Fahrer mit seinem sauberen Gewissen so selbstverliebt für die Umweltzerstörung einsetzen möchte, national und global.

Und diese Klimaschutz-Fanatiker schädigen auch die eigene Industrie und vor allem den Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung. Zitat BRH: »Die Versorgungssicherheit ist nicht gewährleistet ... Die aktuelle und voraussichtliche Entwicklung der Strompreise birgt ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland.« Mit Habeck & Co ist Deutschland auf dem ökologisch-ökonomischen Abstieg.

Und die Klimaschutz-Fanatiker schädigen nicht nur den Standort allgemein, sondern insbesondere die eigene Bevölkerung und die Privathaushalte. Nochmal der BRH:

»Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, zu bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Versorgung mit Elektrizität versteht. Bereits heute steht die Bezahlbarkeit der Stromversorgung in Frage. Die Preise für Strom sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und zählen zu den höchsten in der EU: Private Haushalte zahlten mit 41,25 Cent/Kilowattstunde im ersten Halbjahr 2023 beispielsweise 42,7 % mehr als der EU-Durchschnitt ... Zugleich sind weitere Kostensteigerungen absehbar.«

Habeck ist Minister für »Wirtschaft«. Sein Verständnis von Wirtschaft deckt sich mit der Minderheit derer, die sich als Wirtschaft inszenieren – die privaten Unternehmens-Eigentümer: Gewerkschaften, Betriebsräte und die abhängigen Beschäftigten gehören nicht dazu, höchstens als lästige sekundäre Anhängsel. So (über) erfüllt dieser Wirtschaftsminister alle Forderungen, die der BDI in seiner Erklärung »Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft« schon im Jahre 2010 aufstellte: »Die Zukunft gehört den Erneuerbaren!«, »Weniger Bürokratie!«, »Dazu gehören modernste Kohlekraftwerke!« Unterschrieben haben das neben zahlreichen BDI-Funktionären die Chefs von RWE, Bayer, Eon, EnBW, der größte CO2-Emittent Heidelberg Zement, Herr Grillo vom Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Rheinmetall, die Deutsche Bank und Friedrich Merz, der sich auch dadurch als deutscher Lobbyist des Nachhaltigkeits-Propheten BlackRock qualifizierte.

Habeck holte sich dazu Rat aus den USA, wo sonst? Habeck machte Elga Bartsch von der Londoner Europa-Zentrale BlackRocks zur Leiterin der Grundsatzabteilung in seinem Ministerium. Die bisherige Nachhaltigkeits-Propaganda wird jetzt aber von BlackRocks Chef Lawrence Fink zurückgefahren. Die gestiegenen Gewinne bei Pharma, Öl, *Fracking*, Rüstung müssen jetzt gerechtfertigt



Demokrat am 30. März 2024 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Foto: Georgi Belickin

werden. Fink ist abgerückt von seiner bisherigen westlichen Werteformel ESG: E bedeutet Environment, Umwelt. Das mit der Umwelt könne man aber jetzt doch nicht mehr so durchhalten, erklärt jetzt Fink, genauso überzeugt wie er vorher das Gegenteil gepredigt hatte. Da folgen Bartsch/Habeck selbstverständlich sofort.

Ach so: Wie geht es eigentlich den abhängigen Beschäftigten?

Anfang 2024 holte sich Habeck noch mehr transatlantische Beratung. Er berief Simon Jäger als zusätzlichen transatlantischen Berater, diesmal zum anscheinend irgendwie wichtig gewordenen Thema »effizienter Einsatz von Arbeitskräften«. Simon hat in den USA an der privaten Elite-Universität Harvard promoviert und ist Professor an der privaten Elite-Universität Massachusetts Institute of Technology (MIT). Des Professors Forschungsfrage, die er mit dem von Deutsche Post DHL finanzierten Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) 2022 bearbeitet hat, lautet: »Wie ersetzbar sind Arbeiter, wenn sie durch Tod ausgeschieden sind?«

Stimmt: Im grünen Selbstverständnis spielen eigentlich die Arbeitsverhältnisse gar keine Rolle, weder national noch in den globalen Lieferketten. Die vier Hartz-Gesetze, die Kürzungen des Arbeitslosengeldes wurden von den grünen Jugoslawien-Kriegern nebenbei durchgewunken. Und die exzessive Ausweitung der Arbeits- und Renten-Armut insbesondere von Frauen unter der fraulich-unfraulichen Bundeskanzlerin Angela Merkel war mit der aufsteigenden »feministischen« Außenpolitik und den neuen LGBTQ+-Werten sehr gut vereinbar.

Dass die Lebenserwartung der unteren Schichten und Klassen auch unter der Klimaschutzpolitik à la Habeck, Scholz, Lindner, Baerbock, Heil, Lemke, Faeser, Wising usw. weiter sinkt, wurde hier schon kurz erwähnt. Aber die jetzige Lage und die Zukunft der Mehrheit der abhängig Beschäftigten unter diesem Regime und unter ähnlichen, etwa christlich-unchristlichen Regimes – das wäre doch noch mal ein anderes, ein wichtiges, wichtigeres Thema, oder?

Der erste Teil dieser Analyse wurde in #DW168 vom 30. März 2024 an dieser Stelle veröffentlicht. Werner Rügemer, geboren 1941 in Amber, ist ein deutscher Journalist und Sachbuchautor, unter anderem von »Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts«. Dort untersucht er die Rolle von Finanzmarktmonopolisten wie BlackRock und von Internetkonzernen wie Amazon, Apple, Meta/Facebook, Google und Microsoft. Der Text Werner Rügemers erreichte uns auf Hinweis von Professor Klaus-Jürgen Bruders.

MELDUNG

ISRAEL BOMBARDIERTE
IRANISCHE BOTSCHAFT

Damaskus/DW. Am Montagabend, 2. April, wurde die Botschaft der Islamischen Republik Iran in Syrien bombardiert und ein Nebengebäude zerstört. Sowohl die iranische als auch die syrische Regierung machten dafür den Staat Israel verantwortlich. Es seien mindestens elf Menschen ums Leben gekommen. »Die Islamische Republik Iran behält sich das Recht vor, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, entscheidet aber über die Art der Reaktion und die Bestrafung des Angreifers«, sagte Außenamtssprecher Nasser Kanaani laut der Nachrichtenagentur NourNews. Der Regierung Benjamin Netanjahus wird vielfach nachgesagt, unbedingt zu einer Kriegseskalation im gesamten Nahen Osten und damit zu einem Weltkrieg übergehen zu wollen. Im Zuge dessen sei der Angriff ein »zynischer Schachzug«, wie etwa die russische Auslandswelle RT Deutsch kommentierte. Gegenwärtig führe Netanjahu nach Meinung unabhängiger Experten eine Art »Expansionsfeldzug mit Massenvertreibung und Völkermord« im palästinensischen Gaza durch. (bat)

NIGER VERABSCHIEDET
US-BESATZER

Niamey/DW. Das westafrikanische Binnenland Niger hat die US-Truppen verabschiedet. »Ausgangspunkt war ein Streit zwischen den USA und Niger um die Verlängerung eines Pachtvertrages für eine US-Drohnenbasis im Norden Nigers und die Truppenpräsenz von US-Militär im Land«, wie unter anderem RIA-Novosti berichtet. Mit dem rechtlich erzwungenen Abzug der US-Truppen gehe laut German-Foreign-Policy auch »der letzte Ankerpunkt« des US-Vasallenstaates BRD in der Sahel-Zone verloren. Zuvor hatte das Nachbarland Mali bereits französische und deutsche Besatzungstruppen außer Landes »geworfen«. Auf dem afrikanischen Kontinent nimmt damit die Ablösung von Washington, London und Brüssel ökonomisch, militärisch und soziokulturell weiter an Fahrt auf, wo der als weniger repressiv geltende russische und chinesische Einfluss seit Jahren stark zunimmt. (ale)

»FARBENREVOLTE«
IN UNGARN

Budapest/DW. Nachdem der ungarische Oppositionspolitiker Péter Magyar Aufnahmen von korrupten Regierungsbeamten veröffentlicht hatte, gingen in der Hauptstadt Budapest seit 27. März Tausende Menschen zu Protesten auf die Straße – gegen die Regierung des Nato- und EU-kritischen Ministerpräsidenten Victor Orbán. Orbán beugt sich »dem Westen« nicht vollends und nimmt nicht am Kriegskomplex gegen Russland teil. Der Vorgang der Protestentwicklung steht laut Kommentaren im Verdacht, ähnlich den »Farbenrevolutionen« auf US-Aktivitäten zurückzugehen. Das Mittel »geleakter«, aber inhaltlich nachrangiger Informationen aus dem Apparat wird dabei den Gerüchten zufolge als Propagandamittel eingesetzt. Ähnliche Vorgänge seien zuvor im polnischen Warschau vor den Wahlen zu beobachten gewesen. (ale)

Es profitiert das »Teile und Herrsche«

Der österreichische Autor und Aktivist der »Neuen Rechten« Martin Sellner soll vom BRD-Regime zum Staatsfeind höchster Kategorie erklärt werden (DW berichtete). Bei solchen Vorgängen wird DW sofort aufmerksam und fragt weiter nach.

DW: Herr Sellner, Sie sind Buchautor und Ihnen sollen Einreisen vom BRD-Regime untersagt werden, genauer, von der Stadt Potsdam (DW berichtete). Es ist schwer zu glauben, dass das Ganze auch nur rechtmäßig ist. Hat Ihr Anwalt bereits eine einstweilige Verfügung dagegen erwirken können?

Martin Sellner: Nein, zum Zeitpunkt dieser Antwort ist der Bescheid noch gültig. Das Eilverfahren wurde angekurbelt und bald wissen wir mehr. Ich befürchte, sie wollen das in die Länge ziehen.

DW: Könnte es sein, dass das Regime Sie dazu verdonnern will, bis zum Menschenrechtsgerichtshof für Ihre Reisefreiheit zu klagen?

Sellner: Ganz genau! Die können das verschleppen und, da es ja um eine EU-Richtlinie geht, sich für unzuständig erklären und den Akt an die Eurokratie weiterleiten. Am Ende bleibt die Aussperrung, selbst wenn ich später Recht bekomme.

DW: Sie sind unter anderem bekannter Migrationskritiker, sprechen sich für ein »Europa der Vaterländer« mit Grenzen und Volkszugehörigkeiten nach Abstammung, nicht nur nach Staatszugehörigkeit, aus. Warum?

Sellner: Ich bin Migrationskritiker, weil wir die letzten Jahrzehnte fast kritiklos, eine schockartige Ersetzungsmigration erlebten. Die UN sprechen ganz offen von »Replacement Migration«. Das ist die desaströse Bevölkerungspolitik der Eliten. Wir Identitären sind die lautesten und klarsten Kritiker und das erklärt ihre Repression. Volkszugehörigkeit ist etwas ganz Natürliches. Sie ist nicht nur auf Abstammung reduzierbar, sondern vor allem geschichtlich gewachsen. Natürlich ist das Staatsvolk die juristische Kategorie. Daran wollen wir auch nicht rütteln. Uns geht es um den großen Einschnitt,

das »demographische Experiment«, wie es Yascha Mounk in den *Tagesthemen* nannte. Die millionenfache Ansiedlung, oder wie die UN sagen »Resettlement« von anderen Kontinenten macht unsere Länder in wenigen Generationen zu Vielvölkerstaaten. Das ist ein gefährlicher Prozess, der weder uns noch den Herkunftsländern hilft. Davon profitieren nur jene, deren Prinzip »Teile und Herrsche« heißt.

DW: Wieso sollte Ihres Erachtens Deutschland Ein- und Ausreisen an den Grenzen regulieren?

Sellner: Weil alles, was keine Grenze hat, nicht ganz dicht ist. Der Sozialstaat und die Demokratie sind auf Grenzen angewiesen. Ein Staat, der die Souveränität über seine Grenzen verloren hat, ist gar kein Staat mehr, sondern eine chaotische Aufenthaltszone. Das Ergebnis? Gewalt und Chaos, die ein Staat an der Grenze abdämpfen müsste, dringen in die Innenstädte vor. Die Bürger müssen den Mangel an Grenzen an ihren Gartenzäunen und Wohnungstüren wettmachen. Unsicherheit auf der Straße, Übergriffe und ein Staat, der Überwachung und »Law & Order« hochschraubt, sind das Ergebnis einer verfehlten Grenzpolitik.

DW: Zuletzt wurde ein Fall in Nordostdeutschland bekannt, bei dem eine Schülerin aus dem Unterricht auf Geheiß des Schulleiters verhaftet wurde. Wissen Sie, wie der Fall sich weiterentwickelt hat?

Sellner: Die Schülerin wurde verhört und in einer »Gefährderansprache« auf die Grenzen ihrer Meinungsfreiheit hingewiesen. Das ist ein Armutszeugnis und ein erstes Anzeichen des Repressionsstaats, den Faeser gerade aufbaut. Der Fall der 16-jährigen Loretta wurde dann sogar noch ernsthaft von der Systempresse verteidigt, weil sie nicht nur ein Schlupfvideo gepostet hatte, sondern auch eine Helly-Hansen-Jacke trug



Martin Michael Noah Sellner (*1989 in Wien) lebt mit seiner US-amerikanischen Ehefrau Brittany Sellner in Wien. Vor Drucklegung dieser Ausgabe wurde DW bekannt, dass gegen den Buchautoren und Politiker Sellner auch noch die USA und das Vereinigte Königreich Einreiseverbote verhängt haben sollen. Die Amerikanerin und der Österreicher haben einen gemeinsamen Sohn. Foto: PF/Sellner

(norwegische Segeljackenmarke seit 1877; red.). Die stünde angeblich für Hitler! Kann man ein System, das so etwas tut, noch ernstnehmen? Hannah Arendt hatte recht, als sie schrieb: »Autorität bedarf zu ihrer Erhaltung und Sicherung des Respekts entweder vor der Person oder dem Amt. Ihr gefährlichster Gegner ist nicht Feindschaft sondern Verachtung, und was sie am sichersten unterminiert, ist das Lachen.« Also lachen wir sie aus!

DW: In der BRD gehen Politiker wie Nancy Faeser und Karl Lauterbach immer weiter in Richtung Zensur. Was raten Sie etwa der AfD in Sachen Pressefreiheit, sobald diese Regierungsbeteiligungen hat?

Sellner: Die Zensurapparate schlagen immer schneller und häufiger zu. Ich komme mir heute so vor, wie man sich vielleicht am 13. August 1961 fühlte. Damals wurde mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen. Erst waren es nur ein paar Steine und jeder dachte: »Das machen die nie!« Dann waren Stadt und Land fast 30 Jahre voneinander getrennt. 13 Punkte »gegen Rechts«,

Digital-Service-Akt, Netzwerkdurchsetzungsgesetz... Ich glaube, vor unseren Augen wird gerade eine fürchterliche Zwingburg aufgebaut. Die AfD muss diese Burg schleifen. Wenn sie in Regierungsverantwortung kommt, muss sie die politische Meinungsfreiheit auf eine Art sichern, die auch Plattformen in die Pflicht nimmt. Gleichzeitig muss sie die freien Medien stärken und die Privilegien der Systempresse beseitigen. Dabei muss man der teuflischen Versuchung, diesen Apparat selbst zu übernehmen, widerstehen, gleichsam den »Ring der Zensurmacht« in den Schicksalsberg werfen. Überall muss das freie Wort wiederhergestellt werden. Die Patrioten und Demokraten können sich das leisten, im Vertrauen auf die Überlegenheit ihrer Argumente.

DW: Der WHO-»Plandemievertrag« ist in aller Munde. Wie ist ihre Haltung dazu?

Sellner: Genau wie der »Global Compact for Migration«, den ich bei einer Demo in der Wiener UNO-City im Jahr 2019 öffentlich zerrissen habe, ist auch mit diesem globalistischen Knebelvertrag umzugehen. Die Globalisierung unserer Grenz- und Migrationspolitik, der Nahrungsmittelindustrie, der Energie- und Klimapolitik wird logischerweise durch eine globalistische Gesundheitspolitik ergänzt. Das ist ein multivektorialer Angriff auf den Nationalstaat und damit auf die Freiheit. Denn ich sehe in starken Nationen, deren Regierungen ihren Völkern verantwortlich sind, die letzte und einzige Chance des Menschen noch auf seine Geschichte einzuwirken. Auf globaler Ebene herrschen sonst entweder Neosozialistische Technokraten wie Schwab, oder Neoliberaler, die uns dem chaotischen Unheil technokapitalistischer Prozesse ausliefern, also Börsenkursen und Algorithmen. Das technische Gestell verdrängt dann langfristig den Menschen. Ich sehe als rettenden Anker nur das Volk und den Nationalstaat. Die Globalisten sehen das ähnlich und fördern alles, was diesen Faktor ausschaltet.

DW: Herr Sellner, wir danken Ihnen für diese Antworten.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

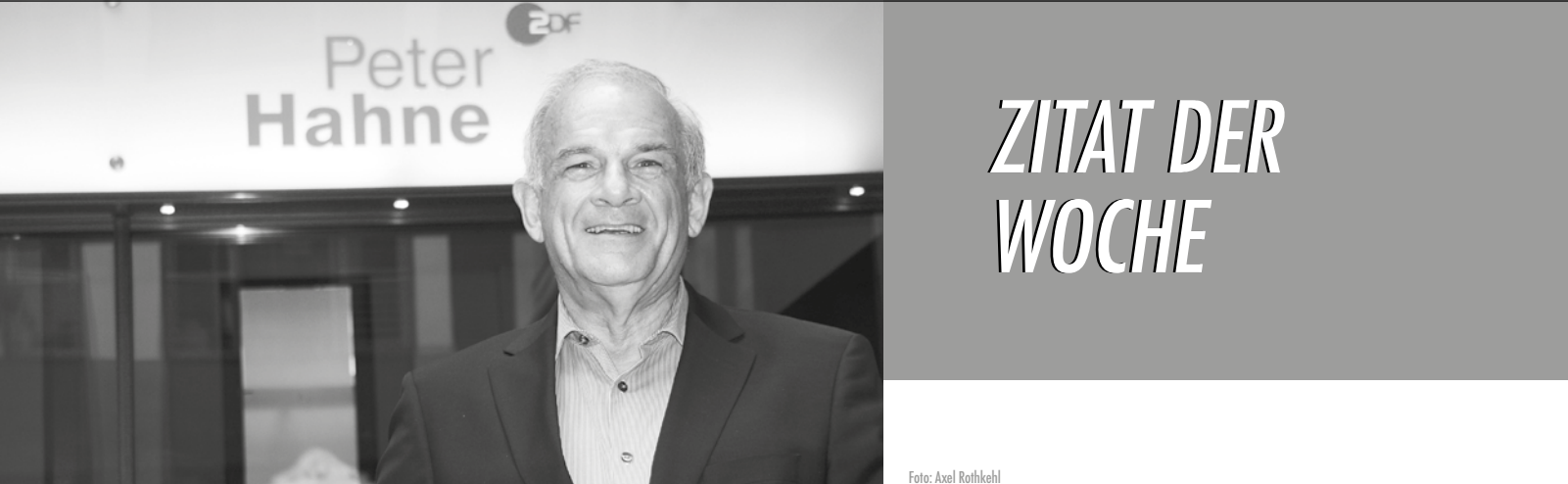


Foto: Axel Rothkehl

»Wenn ich, wie eben im Zug, junge Menschen mit einer Maske im Gesicht sehe, kann ich nur sagen: Denen haben sie ins Gehirn geschissen. Bei aller Freundschaft fehlt mir da jedes Verständnis, wie man sich durch eine Ideologie derart in Angst und Schrecken versetzen lassen kann.«

Bestsellerautor Peter Hahne (aktuelles Buch: »Ist das euer Ernst?!«) im Gespräch mit Jens Lehrich im Podcast »Fair Talk«, der seit 29. März auf YouTube abrufbar ist.

LÜGENP

zum Hochhalten vor Taz, Der Spiegel, Tagesspiegel, Berliner Morgenpost

RESSE

genpost, Die Zeit, RBB, Olof Sundermayer, ...



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

**SEHR GEEHRTE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE KINDER,**

»Kreml-Propagandisten schüren Corona-Aufruhr«, so lautete die Schlagzeile der Springer-Bild zu den ersten Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. »Mit dem Grundgesetz gegen den Verstand«, legte das Blatt der grünen Großkonzerne, die taz, nach. Ein paar Tage später beschuldigt uns im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Oliver Welke (heute-show): Aus unserer Demonstration soll sein Kamerateam mit Eisenstangen krankenhausreif geschlagen worden sein. Vier Jahre später dann ein Urteil zu diesem asozialen Vorgang: Der Angriff kam nicht aus unserer Demonstration. Im Gegenteil! Eigens angereiste Vermummte wollten eigentlich Demonstrationsteilnehmer in die Klinik prügeln. Der Angriff auf das Kamerateam soll eine Verwechslung gewesen sein. (Aha?)

Wir wurden von den »Qualitätsmedien« angelogen, betrogen und niedergemacht. Und mit »Wir« meine ich die Menschen weltweit, in Deutschland im Allgemeinen, die Demokratiebewegung im Besonderen und uns im Speziellen, uns – die Herausgeber dieser Zeitung und Gründer der Demokratiebewegung: Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp.

Die Tests? Unzuverlässig und willkürlich eingesetzt. – »Flatten the curve«? – Ein Propaganda-Trick. – Masken? Medizinisch nutzlos und reine theatrale Politmaskerade. – Überlastung des Gesundheitssystem? Historischer Leerstand und Krankenhausschließungen. – Die »Impfung«? Eine tödliche Goldgrube. – Der Ukrainekrieg? Blutige Geldverschwendung und für den Westen ohne den Preis des eigenen Untergangs nicht zu gewinnen. – Warum das Ganze? Flucht nach vorn zur Verschleierung des Niedergangs unserer Herrschaftsclique.



Seit dem 28. März 2020 treffen sich die Deutschen und verschwören sich für Frieden, Freiheit und Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Foto: Georgi Belickin

Es tut uns leid, aber wir hatten auf ganzer Linie recht. Es tut uns ehrlich leid, denn irrten wir, dann wäre die Welt eine bessere. Sie ist es aber nicht. Recht hatten mit uns Millionen, die inspiriert von nichtohneuns.de deutschlandweit, dezentral und dauerhaft gegen Verfassungsbruch, Kriegstreiberei und Lügenregime und für Republik, Wissenschaftlichkeit und Verfassungserneuerung auf die Straße gingen.

Dies ist die Zeitung dieser Demokratie- und Friedensbewegung und wir gewinnen gerade dermaßen, weil wir uns an Pressekodex, das freie Wort und Demokratie hielten und halten. Freien Journalismus kann man unterstützen. Es ist eigentlich ganz einfach: Lügenpresse erkennen, Lügenpresse wegpeffern und dann zu den Besten kommen. Zum Beispiel hier: demokratischerwiderstand.de

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Hendrik Sodenkamp

»LAUTERBACH KÖNNTE DANN CANNABIS VERKAUFEN«

Der Schweizer Comedian Marco Rima galt während der Coronazeit in seiner Heimat als »Querdenker der Nation«. Jetzt fordert er von der Politik eine Aufarbeitung der Geschehnisse, die aus seiner Sicht für einige der Verantwortlichen dramatische Folgen hätte | Interview von Klaus Müller

DW: Herr Rima, Sie haben vor wenigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen Ihre Österreich-Tour unterbrochen. Wie geht es Ihnen?

Marco Rima: Danke der Nachfrage. Nach meinem Auftritt am Wörthersee am 22. Februar habe ich mitten in der Nacht eine Nierenkolik entwickelt. Es waren höllische Schmerzen, die ich niemandem wünsche. Nach einer Not-Operation musste ich einen Tag in der Klinik bleiben. Wenige Tage später habe ich dann eine weitere Kolik entwickelt, so dass erneut eine Not-OP vonnöten war. Ich hatte so viele Steine in mir – zwei Bergkristalle, einen Brillanten, einen Opal – dass ich jetzt steinreich bin (*grinst*). Zudem zickte mein linkes Auge herum, weil es unbedingt ein Star sein wollte. Nach insgesamt fünf Operationen innerhalb weniger Wochen bin ich jetzt aber wieder fit und habe den vollen Durchblick – gerade rechtzeitig zu meiner Deutschland-Tour.

DW: Nach Ihrer Premiere in Friedrichshafen (fand nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 5. April statt) stehen acht weitere Termine an. Was erwartet Ihre deutschen Fans?

M.R.: Ich bin grundsätzlich ein unterhaltender Kabarettist, der sich über das Leben auslässt – über den Alltag, die Schwierigkeiten, denen wir begegnen. Aber ich nehme auch mich selbst, meine eigenen Unzulänglichkeiten und die Ehe mit meiner Frau Christina auf die Schippe. Und natürlich darf auch der eine oder andere politische Seitenhieb nicht fehlen.

DW: Seit unserem letzten Interview (DW-Ausgabe 127 vom 1. April 2023) ist eine Menge passiert. Sie wollten im Oktober 2023 als Parteiloser für den Kanton Zug in den Ständerat einziehen, bekamen 3.941 Stimmen und landeten somit bei neun Kandidaten auf dem sechsten Platz. Wie bewerten Sie Ihr Abschneiden?

M.R.: Man muss es in Relation sehen: Die

beiden alten Ständeräte, die wiedergewählt wurden, kamen auf je rund 20.000 Stimmen. Ich habe ein Fünftel ihrer Stimmen geholt, obwohl ich keine große Partei im Rücken hatte und es nicht ein einziges Wahlwerbeplakat von mir gab. Denn wie sagte einst Lorient: »Der beste Platz für einen Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.« Ich wollte nicht entfernt werden. Aber leider ist es auch in der Schweiz so: Die Bürger bewahren lieber das Alte, als sich auf Neues einzulassen. Nun fluchen sie immer lauter. Für mich war der Ausflug in die Politik eine einmalige, aber durchaus interessante Erfahrung.

DW: In Deutschland gab es vor Monaten Aufregung um Fake-News der Rechercheplattform Correctiv, die über einen vermeintlichen »Geheimplan gegen Deutschland« berichtete. In der Folge kam es zu von der Ampelregierung initiierten »Demos gegen rechts«, die sich gegen die Opposition richteten. Wie haben Sie das Geschehen in der Schweiz wahrgenommen?

M.R.: Ich war erstaunt, konnte den *Hype* über das Treffen, das ja keineswegs geheim war, nicht nachvollziehen. Die Leute, die dann auf die Straße gingen, weil sie angeblich Angst vor einer Diktatur haben, verhalten sich – wohl ohne sich dessen bewusst zu sein – so, als würden sie sich ein totalitäres System wünschen. Die Diskussionen, die man wegen der AfD führt, empfinde ich als lächerlich. Die Wähler der Partei sind doch größtenteils weder Terroristen, Extremisten noch Nazis. Die anderen Parteien sollten sich fragen, was sie besser machen können, aber nicht, wie man die Opposition am besten *framen* kann.

»DIE WISSENSCHAFT HAT SICH ZUR HURE DER POLITIK GEMACHT«

DW: Für mächtig Wirbel sorgen nun die RKI-Files, die beweisen: Sämtliche Maßnahmen während der Coronazeit waren überflüssig. Auch Sie wurden damals als Schwurpler abgestempelt ...

M.R.: Dabei habe ich nur meinen gesunden Menschenverstand eingesetzt. Und jetzt wissen wir: Auch das RKI selbst hat die Gefahrenlage als nicht so schlimm eingestuft, dann aber auf Weisung der Politik völlig anders gehandelt. Die Wissenschaft hat sich also zur Hure der Politik gemacht. Das ist ein Verbrechen. Und deshalb ist es wichtig, dass man das aufarbeitet. Aber ich glaube nicht, dass es dazu kommen wird. Die Verantwortlichen ducken sich weg, wollen es lieber aussitzen. Dabei gehört einigen von ihnen der Prozess gemacht,



Gilt als »verlässlicher Witzgenerator«: Marco Rima tourt derzeit mit seinem Programm »Ich weiß es nicht ...« durch Deutschland. Termine: 9. April Fürth, 13. April Stühlingen, 19. April München, 23. April Berlin, 24. April Neuruppin, 25. April Leipzig, 26. April Erfurt, 7. Mai Herrenberg. Foto: Manfred Huber.

beispielsweise einer Ursula von der Leyen. Und Karl Lauterbach könnte, sollte er aufgrund eines Urteils in einer staatlichen Einrichtung landen, dort dann Cannabis verkaufen. Dann würde er endlich mal etwas Sinnvolles tun, worüber sich die anderen Insassen sicher freuen würden. Ein weiterer Grund, warum ich eine Aufarbeitung für unrealistisch halte, sind meine Kollegen.

DW: Warum?

M.R.: Viele von ihnen haben während der Coronazeit schlimme Dinge geäußert, die nicht mal mehr grenzwertig, sondern komplett daneben waren. Die müssten sich jetzt endlich mal zu Wort melden und entschuldigen. Über die Kultur ließe sich so dann möglicherweise eine Menge bewegen. Aber sie tun es nicht. Ich glaube, sie schämen sich so sehr für ihre Äußerungen, dass sie nicht mehr darüber sprechen wollen. Das ist sackschwach.

DW: Über die deutsche Außenministerin sagten Sie mal: »Annalena Baerbock beweist jeden Tag, dass man auch ohne Hirn durchaus leben kann.« Ist es für Sie als Kabarettist eigentlich nicht schwer, die heutigen Politiker zu parodieren, so irre, wie diese agieren?

M.R.: Stimmt! Diese Politiker berauben mich meines Berufes. Sie sind Komiker vor dem Herrn. Ich lache sehr über diese Leute, aber manchmal bleibt es mir auch im Halse stecken, weshalb ich mich freischwimmen und über sie lustig machen muss. Vor allem ein Karl Lauterbach: Wenn Lügen kurze Beine hätten, hätte er ziemlich viel Hornhaut am Sack. Der hat wirklich einen an der Waffel. Aber Politiker wie er sind immer noch in Amt und Würde. Das ist unfassbar.

DW: Herr Rima, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Hin Da!

KULTURKALENDER

12.04.2024 • Annweiler; s'Reiwerle, Flitschberg 7, 76855 Annweiler am Trifels • VORTRAG • »JFK und der Deep State« von Dirk Pohlmann • 20:00 Uhr – 22:00 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets: 27,50 € unter krasser.guru

12.04.2024 • Erlenbach; Kinopassage, Bahnstr. 37, 63906 Erlenbach • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets: 15 € unter kinopassage.de

13.04.2024 • Berlin; Hermannplatz, 10967 Berlin • KULTURFEST • Deutsch-Palästinensisches Freundschaftsfest • 12:00 Uhr – 18:00 Uhr • Eintritt frei

13.04.2024 • Berlin; Charlottchen, Droysenstr. 1, 10629 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Julia Schwebke, am Klavier Alexander Kling und Heiko Schendel • 20:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 20 €, ermäßigt 16 €, Infos unter: www.boris-steinberg.de

13.04.2024 • Sönnstetten; Seeberrghalle, Turnstr. 1, 89555 Steinheim am Albuch • VORTRAG • »Etwas Festes braucht der Mensch« von Peter Hahne • 9:00 Uhr • 20 € inkl. Frühstück, Vorverkauf: Buchhandlung Bücherzauber und Volksbank in Heidenheim, Baustoffe Gröner

14.04.2024 • Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee • SYMPOSIUM • »Wer regiert die Welt?« mit Dirk Pohlmann, Markus Fiedler und Dr. Ulrich Gausmann, Moderation: Marius Krüger • 12:00 Uhr – 19:00 Uhr, Einlass ab 11:00 Uhr • Tickets: ab 26€ unter: emma-tickets.de

18.04.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Prof. Bärsten • 19:30 Uhr • Infos unter: www.boris-steinberg.de

21.04.2024 • Bautzen; Black Cat, Schloss Str.17, 02625 Bautzen • KONZERT • »Der stille Tanz« von Lülü • 19:00 Uhr • Eintritt frei

21.04.2024 • Schönwalde-Glien; Gasthof Schwanenkug, Berliner Allee 9, 14621 Schönwalde-Glien • VORTRAG • »Rußland und wie weiter?« von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz • 14:00 Uhr – 17:00 Uhr, Einlass ab 13:00 Uhr • Tickets: 22,50 € unter krasser.guru

26.04.2024 • Berlin, Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Kräfte und Gegenkräfte in der Entwicklung zu einer friedlichen multipolaren Welt« von Elke Zwinge • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

27.04.2024 • Ribnitz-Damgarten; Begegnungszentrum, Georg-Adolf-DEMMLER Str. 6, 18311 Ribnitz-Damgarten • VORTRAG • »Gesundheit „Neu“ Gedacht« veranstaltet vom Netzwerk für Humane Medizin • 9:00 Uhr – 17:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung unter gesundheitsneuegedacht@use.startmail.com


28.04.2024 • Staufen; Stubenhaus, Hauptstr. 56c, 79219 Staufen • LIEDERABEND • »Leise flehen meine Lieder...« Lieder von Franz Schubert und Klavierstücke mit Samuel Greiner und Rolf Schwoerer-Böhning • 17:00 Uhr • Eintritt frei

02.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »Mensch & Musik« von Lülü und Jens Fischer-Rodrian • 19:30 Uhr


03.05.2024 • Hohen Neuendorf; Mensa in der Waldgrundschule, Waldstr. 3, 16540 Hohen Neuendorf • LESUNG • »Ins Moralegefängnis und wieder heraus« mit Dr. Michael Andrick, anschließend Diskussion • 18:30 Uhr – 20:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter kontakt@oberhavel-steht-auf.de


Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischer-widerstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt
Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 169. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 132 vom 13. Mai 2023.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DIE NATO
Eine Abrechnung mit dem
Wertebündnis
Sevim Dagdelen
Westend-Verlag
ISBN: 9783864894671



HABE ICH GENUG GETAN?
In memoriam Gunnar Kaiser
Raymond Unger

Europaverlag
ISBN: 978-3-95890-623-5



DER FALL ULRIKE GUÉROT
Versuche einer öffentlichen Hinrichtung

Gabriele Gysi (Hg.)
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-450-3



**GESINNUNGSPOLIZEI
IM RECHTSSTAAT?**
Der Verfassungsschutz als
Erfüllungsgehilfe der Politik
Mathias Brodtkorb
zu Klampen-Verlag
ISBN: 978-3987370168



IST DAS EUER ERNST?!
Aufstand gegen Idiotie und Ideologie
Peter Hahne

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3869951416



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST.**
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-
TIEBEWEGUNG 2020/21**
Redaktion: Casey Koneth mit
Beiträgen von u.a. Beate Bahner,
Robert F. Kennedy Jr., Daniele
Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-
TIEBEWEGUNG 2021/22**
Redaktion: Casey Koneth mit
Beiträgen u.a. von Nina Adlon,
Prof. Hans-Jürgen Bandelt,
Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

1, 2, 3 –
LÜGENPRESSE

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz
(Urlaubsvertretung Prof. Meyen)

»Angstkommunikation« und die
Lügenpresse: Einer der härte-
sten transatlantischen Apparats-
Spezis, Professor Heinz Bude, ließ
die Wahrheit ’raus.

Die Corona-Lüge ist ein autoritärer und
kriegszurichtender »Putsch nach innen
und außen« und kommt von einer in
ihrer eigenen Verwirrung untergehen-
den politmedialen und kapitalistischen
Kaste. Der Regierungssoziologe Bude
sprach beim Podium an der Universität
Graz am 24. Januar 2024 wie folgt.

Bude im O-Ton: »Wir hatten zehn Tage Zeit, das Cor-
na-Kabinett mit einem Ratschlag zu versorgen. (...) Es
war kein Virologe in dem Gremium. (...) Markus Kerber
hat mich angerufen und mir gesagt: »Wir brauchen Sie
als Soziologen. Wir brauchen jemand, der die Pande-
mie als Totalereignis in den Griff bekommt.« Jetzt noch
einmal aus dem Nähkästchen geplaudert. Wir haben
gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereit-
schaft herzustellen, das so ein bisschen wissenschafts-
ähnlich ist. (...) Meiner Ansicht nach laufen wir auf
wieder singuläre Krisen auf absehbare Zeit hinaus...
und man wird Zwang ausüben müssen. »Ich habe aber
andere Informationen und ich lasse mich hier nicht
evakuieren!«. Man wird Zwang ausüben müssen, und

zwar legitimen Zwang. Wir werden in Situationen ver-
mehrt zu tun haben (...) Und muss man dann nicht
hinterrücks ganz furchtbare Dinge wie Angstkommuni-
kation benutzen, also sozialpsychologische [Täu-
schung]?« (DW berichtete in #DW167)

Nun ist nur noch die Frage, wie die
Regierung derartig unmittelbar ver-
zahlt in die Konzernmedien und Jour-
nalistengewerkschaften hineinregie-
ren konnte? Für uns beim DW fällt das
Ranking der Lügenpresse aus unse-
rer Sicht nicht schwer. Zur Nummer
eins, dem abgefeimtesten Hetzblatt des
Regimes, mauserte sich rasch der Ber-
liner Tagesspiegel (Sebastian Leber,
Julius Geiler). Ein marodes Schrott-
blatt, das erstmals in etwas spitze wur-
de: Der Verleumdung, Verfemung und
Denunziation von Oppositionellen.
Dicht gefolgt vom pervers-asozialen
Pack bei der Taz (Peter Laudenbach,
Erik Peter), das sogar unbekann-
ten Künstlerinnen und DW-Gatten
nachstellte.

Und an Rang drei selbstverständlich der
RBB, für alle Zeit im Bewusstsein von
Millionen von Menschen manifestiert in
der Person Olof »20.000« Sundermay-
ers, der – gleichnishaft – live vor dem
einstürzenden Gebäude 7 verkündete, es
sei zwar tragisch, gehe aber mit rechten
Dingen zu. Die kriegführenden Macht-
haber seien »links«, der Feind »rechts«,
eher aber »Nazis«. Sundermayer mach-
te aus Hunderttausenden Demonstra-
nten regelmäßig »20.000« davon – die
vom Regime vorgebene »Obergrenze«.



SCHWARZ
AUF WEISS

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Wenn wir etwas genau wissen wol-
len, verlangen wir es schwarz auf
weiß. Seit einigen Tagen sind sie
nun endlich verfügbar: die Protokol-
le des RKI-Krisenstabs. Doch viele
Passagen und Namen der Urheber
wurden geschwärzt. Aus »gutem«
Grund: Schwarz ist definiert als die
Abwesenheit von Licht.

Schwarz auf weiß in dieser unausgewo-
genen Form dient also nur einem Zweck:
Transparenz zu verhindern, Fakten zu
verbergen. Ein Heer von Juristen sorg-
te so für umfassenden Täterschutz. Die
Akteure, deren Empfehlungen eine gan-
ze Nation ins Unglück stürzten und die
schonungslos eine menschenverachten-
de Agenda verfolgten, dürfen ganz legal
anonym bleiben. Bertolt Brecht lässt grü-
ßen: »Die im Dunkeln sieht man nicht.«
Die Ursache für solch ein feiges Verhalten
ist schnell gefunden: »Die Menschen lieb-
ten die Finsternis mehr als das Licht; denn
ihre Werke waren böse. Denn jeder, der
Böses tut, hasst das Licht und kommt nicht
zum Licht, damit seine Werke nicht aufge-
deckt werden« (Joh 3,19-20). Was sollten

wir jetzt tun? Zunächst einmal sicherstel-
len, dass wir selbst zu dem kommen, der
das Licht der Welt ist (Joh 8,12) und dass
wir im Licht wandeln (1. Joh 1,7). Dann sind
wir bestens gerüstet, »die unfruchtbaren
Werke der Finsternis aufzudecken« (Eph
5,11). Das griechische Wort für »aufdecken«
kommt aus der Gerichtssprache: jemanden
mit zwingenden Beweisen überführen, um
ihn von seiner Schuld zu überzeugen; oft
mit dem Beigeschmack des Beschämens
(Strong’s Lexikon, #1651).

Diese Beschämung ist dringend gebo-
ten. Sie muss in aller Öffentlichkeit statt-
finden. Dazu bedarf es einer lückenlo-
sen Aufklärung – weshalb wir uns auch
nicht mit »weitestgehend entschwärz-
ten« Dokumenten zufriedengeben werden.
Unser Motiv ist nicht Rache für erlittenes
Unrecht. Es gilt, alle bösen Akteure aus
Politik, Big Pharma, Wissenschaft, Medi-
en, Ethikrat usw. durch und durch Lügen
zu strafen und zum Schweigen zu bringen.
Sie müssen dazu gebracht werden, sich
selbst anzuzeigen und alle ihre Ämter nie-
derzulegen. Sie müssen für ihre Verbrechen
gegen die Menschlichkeit bestraft werden.
Dann, und nur dann, wird eine echte Auf-
arbeitung möglich sein, kann ein Heilungs-
prozess in unserer Gesellschaft angestoßen
werden. Den Tätern selbst bietet sich die
Chance, reinen Tisch zu machen, bevor es
zu spät ist und das kommende Gericht sie
überführt: »Denn Gott wird jedes Werk vor
ein Gericht bringen, samt allem Verborge-
nen, es sei gut oder böse« (Pred 12,14).

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt
im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann
über die Emailadresse anti.pas@gmx.de
angeschrieben werden.



SPORT MIT BERTHOLD

KEINE BAUERNOPFER,
SONDERN PROZESSE!

Die Corona-Lüge ist auseinanderge-
fallen! Was passiert jetzt mit Opfern
und Tätern? Ich meine: Wir brau-
chen keine Bauernopfer, sondern
eine unabhängige Aufklärung! Und
dann benötigen wir Staatsanwäl-
te, die Anklage erheben wegen vor-
sätzlichen Mordes und schwerer
Körperverletzung. Dann wird sich
zeigen, ob es Richter gibt, die noch
nach Recht entscheiden.

Danach kommen wir zu den wirtschaftli-
chen Straftaten: Vorteilsnahme, zum Bei-
spiel die Maskendeals von Abgeordneten,
mit Steuergeldern subventionierte Phar-
maunternehmen, alle wirtschaftlichen
Geschädigten, die durch staatliche Maßnah-
men ihre Existenzgrundlage verloren haben.
Meiner Meinung nach macht es Sinn, an
Sammelklagen zu denken, die auch gleich-
zeitig am Europäischen Gerichtshof einge-
reicht werden. Verstoß gegen den Nürnber-
ger Kodex, Sonderermittlung gegen Ursula
von der Leyen! Aber diesmal anders als bei
der letzten, wir erinnern uns: Handydaten
waren plötzlich nicht mehr auffindbar. Von
der Leyen hat Milliarden für die Pharmain-
dustrie freigemacht. Dieser Frau muss das
Handwerk gelegt werden!

SPRINGERS STAATSGELD
UND MEINE KOLUMNE

Was meine Person angeht und zum Bei-
spiel mein Ende als Sportkommenta-
tor bei der Bild-Zeitung wegen »Quer-
denkens«: Ich bin mit mir im Reinen,
ich erwarte gar nichts. Ich habe Haltung
gezeigt und das aus freier Überzeugung.
Der Springer-Verlag bekommt, wie vie-
le private Medienhäuser, viel Geld vom
Staat. Dafür mussten sie mitspielen.

Zum Fußball: Ja, die Nationalmann-
schaft hat zwei beherzte Auftritte hinge-
legt, zuletzt am 26. März in Frankfurt das
2:1 gegen das Team der Niederlande, zuvor
auswärts 2:0 bei den Franzosen gewon-
nen. Das ist gut für das Selbstvertrauen.
Wichtig ist, die Kirche im Dorf zu lassen.
Es war in der Vergangenheit nicht alles
katastrophal schlecht, genau sowenig ist
die Nationalmannschaft jetzt gleich wie-
der Top-Favorit. Daher ist eine gesunde
Selbsteinschätzung wichtig. Es waren nur
Freundschaftsspiele und die Gegner haben
nicht mit Vollgas gespielt.

ÖSTERREICH ALS
GEHEIMTIPT

Bei jedem Turnier ist das erste Spiel sehr
wichtig, in unserer Gruppe ist die Schweiz
die unbequemste Mannschaft, ist ja wie ein
Derby. Die Leistungsdichte ist bei Europa-
meisterschaften größer als bei Weltmeis-
terschaften. Neben Frankreich gibt es noch
England, Spanien und Portugal, die zu den
Favoriten gehören. Ich habe auch noch
Österreich auf dem Schirm, taktisch sehr
gut eingestellt und eine Mannschaft mit
sehr gutem Teamspirit.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas
Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sport-
chef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz auszugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 170 erscheint am Samstag 13. April 2024!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____

TELEFON • E-MAIL _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin